

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig und der Stadträte zu Großschönau und Zwenkau behördlich bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pegau und Taucha

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschli. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeb. Telefon Sammelnummer 72206. Postcheckkonto: Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72206. — Verlag in Leipzig,  
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonellseite 35 Pf., bei Plakatschrift 40 Pf., Familiennachrichten von Privaten mit 50%, Nachsch. Stellenangebote 10 gelp., Kolonellseite 25 Pf., Reklameseite 2 Mk., Inserate von auswärts: die 10gepalt. Kolonellseite 40 Pf., bei Plakatschrift 50 Pf., Reklameseite 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Der Hoover-Plan paraphiert

Einigung zwischen den Unterhändlern der Vereinigten Staaten und Frankreich über den Zahlungsaufschub

WTB Paris, 6. Juli.

Um 23.30 Uhr haben die französischen und amerikanischen Unterhändler ein in französischer Sprache abgefaßtes Protokoll in zwei Exemplaren paraphiert, das die Grundlagen des veröffentlichten Abkommens enthält.

Es haben paraphiert für die Vereinigten Staaten Schatzsekretär Mellon und Volschaffer Edge, für Frankreich Ministerpräsident Laval, Außenminister Briand, Finanzminister Flandin, Budgetminister Piétri und Unterstaatssekretär François Bonnet.

### Am Ende des Kampfes

Die Aktion der sozialistischen Parteien

Kurz vor Mitternacht wurde der Hoover-Plan, modifiziert durch ein zwischen den amerikanischen und französischen Unterhändlern abgefaßtes Protokoll, paraphiert. Das Ergebnis der vierzehntägigen Verhandlungen wird an anderer Stelle mitgeteilt. Die Lösung einer Anzahl strittiger Fragen ist offengeblieben. Zu ihrer Bereinigung wird ein Sachverständigenauschuss eingesetzt, an dem die interessierten Mächte, also auch Vertreter Deutschlands, teilnehmen werden. Die größte Schwierigkeit bereitet zuletzt das Problem der Sachlieferungen, das auch für die deutsche Wirtschaft von erheblicher Bedeutung ist.

Durch die vierzehntägigen Verhandlungen in Paris hat der Hoover-Plan keineswegs an Kraft zu gewinnen vermocht. Der „Manchester Guardian“ sieht auf der bevorstehenden Sachverständigenkonferenz einen scharfen Kampf voraus, der sich zwischen den Unterhändlern Frankreichs und Snowden abspielen werde. „Daily Herald“, das Organ der Labour Party, erklärt, der Plan hätte schon längst in Kraft sein sollen. Während das wirtschaftliche Komitee Brenne, hätte die politischen Kreise die Leiter gepöbelt. Aus dem Foreign Office, dem britischen Außenministerium, wird berichtet, daß jetzt, nach der Verständigung in Paris, die Bank von England in Uebereinkunft mit der Zentralnotenbank in Amerika eine neue Siffaktion für Deutschland als dringend erforderlich erachte.

Die Situation in Deutschland hat sich während der letzten Tage erneut außerordentlich zugespitzt. Wenngleich auch der an anderer Stelle gemeldete gestrige Abfluß an Devisen nicht ganz den Betrag von 80 Millionen Mark umfaßt haben dürfte, so bleibt die Lage der Reichsbank dennoch bitter ernst. Das Direktorium der Reichsbank hat sich nach der Sitzung am Sonntag lafonisch mit einem nichtsagenden Kommuniqué begnügt. Damit aber hat es keinen Eindruck zu machen vermocht. Zweifellos ist der „Soz. Pressedienst“ nicht schlecht unterrichtet, wenn er die finanzpolitische Situation im Reich mit folgenden Sätzen charakterisiert:

„Bleibsel hat man im Ausland und insbesondere in Paris trotz aller offiziellen Erklärungen der deutschen Regierung über die Lage bis heute noch nicht begriffen, daß es von unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage bis zum Chaos nur noch ein ganz kleiner Weg ist. Aber ob man es begriffen hat oder nicht, es ist so! Es ist so, daß große Banken in den letzten Tagen nicht mehr ein noch aus wußten, daß große Finanzinstitute der Provinz vor dem Nichts standen und große Firmen mit Tausenden von Arbeitern überlegen mußten, oder vielmehr auch noch heute überlegen müssen, ob sie heute oder morgen schließen sollten. Es ist so, daß die Reichsbank in den letzten Tagen wiederholt finanziell zu Stillungswerten eingreifen mußte, obwohl sie zeitweise selbst nicht weiß, wie sie die an sie gestellten Ansprüche befriedigen soll. Es ist so, daß wir noch in dieser Woche einen Kredit von mehreren hundert Millionen Mark benötigen, der nur gegen bestimmte Garantien gewährt werden soll, von denen es nicht ausgeschlossen ist, daß sie für uns unerträgliche innerpolitische Folgen haben. Ja, man hat sich inzwischen selbst zu Stillungsaktionen bei Institutionen veranlaßt gesehen, für die bisher kein Mensch eine derartige Maßnahme für notwendig gehalten hat. Kann es noch schlimmer aussehen?“

Der Sozialdemokratische Pressedienst bemerkt weiterhin, daß es nicht nur fünf, sondern eine Minute vor Zwölf gewesen sei, als in Paris der Abschluß erfolgte. Wie außerordentlich sich die deutsche Kreditlage während der letzten Wochen verschlechtert hat, das ergibt sich aus dem Zinspiegel, den die „Vossische Zeitung“ in ihrer Nummer vom 3. Juni veröffentlicht hat.

| Geldsätze            | vom 27. 6.—3. 7. | vom 20. 6.—26. 6. | vom 13. 6.—19. 6. |
|----------------------|------------------|-------------------|-------------------|
| Berlin, Tagesgeld    | 8,88             | 8,04              | 7,75              |
| Berlin, Monatsgeld   | 7,81             | 7,58              | 7,50              |
| Amsterdam, Tagesgeld | 1,06             | 1,00              | 1,00              |
| London, Tagesgeld    | 1,70             | 1,60              | 1,20              |
| Paris, Tagesgeld     | 0,75             | 1,00              | 1,00              |
| Zürich, Tagesgeld    | 1,25             | 1,50              | 1,50              |
| Neuport, Tagesgeld   | 150,             | 1,50              | 1,50              |

Die Gestaltung dieser Ziffern zeigt, daß auch die Inangabelegung des Hooverplans, insbesondere durch die Verzögerung der letzten 14 Tage, keinerlei übertriebenen Optimismus rechtfertigen läßt. Das um so weniger, als die Verhandlungen der Sachverständigen noch mancherlei Schwierigkeiten ergeben dürften. Von ganz besonderem Interesse ist der Schlussabsatz in der Einigungsgrundlage zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten, den die Agentur Havas verbreitet hat. Da-

## Grundlage der Verständigung

WTB Paris, 6. Juli.

Die Agentur Havas verbreitet über die Einigungsgrundlage, die die französische Regierung vorgeschlagen und die die amerikanische Regierung angenommen hat, folgende Auslassung:

Nach dem vorgenommenen Meinungsaustausch stellt die französische Regierung fest, daß sie sich mit der amerikanischen Regierung über die wesentlichen Grundzüge des Vorschlages des Präsidenten Hoover und über die nachstehend aufgeführten Bestimmungen einig ist:

1. Die Bezahlung der Regierungsschulden wird vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932 ausgesetzt.
2. Deutschland bezahlt jedoch den Betrag der ungeschuldeten Annuität; aber die französische Regierung ist, soweit sie in Frage kommt, bereit, einzuwilligen, daß die auf diese Weise von Deutschland geleisteten Zahlungen durch die Internationale Zahlungsbank in garantierten Fonds der Deutschen Reichsbahn angelegt werden.
3. Alle suspendierten Zahlungen tragen unter den seitens der amerikanischen Regierung angeregten Bedingungen Zinsen, die vom 1. Juli 1932 ab in zehn Annuitäten zu tilgen sind.
4. Die gleichen Bedingungen gelten für die von der Reichsbahn auszugehenden Fonds.

Die französische Regierung erklärt hinsichtlich dreier Punkte, von denen sie ihrerseits anerkennt, daß diese Punkte die amerikanische Regierung nicht direkt betreffen, das folgende:

a) Eine gemeinsame Aktion der hauptsächlichsten Zentralnotenbanken wird durch Vermittlung der Internationalen Zahlungsbank zugunsten der europäischen Länder unternommen, die besonders durch die Aussetzung der Zahlungen betroffen werden.

b) Eine vorherige Verständigung wird zwischen Frankreich und der Internationalen Zahlungsbank erzielt werden müssen, damit Frankreich den im Falle eines Youngplanmoratoriums vorgesehenen Garantiefonds nur durch Monatsraten ergänze, die den Bedürfnissen der Internationalen Zahlungsbank unter Berücksichtigung der tatsächlich von Deutschland transferierten Zahlungen entsprechen.

c) Die Frage der Sachlieferungen und die verschiedenen durch die Anwendung des amerikanischen Vorschlages und das vorliegende Abkommen notwendig werdenden technischen Bestimmungen werden von einem Sachverständigenauschuss geprüft werden, zu dem die interessierten Mächte Delegierte entsenden; diese Sachverständigen werden die tatsächlichen Notwendigkeiten mit dem Geist des Hooverschen Vorschlages in Einklang zu bringen haben.

Frankreich behält sich vor, von der deutschen Regierung die unerläßlichen Versicherungen bezüglich der Verwendung der Summen, die im deutschen Budget gespart werden, zu ausschließlich wirtschaftlichen Zwecken zu verlangen.

## Die Folgen des Betrügens

### Eine Erklärung des Präsidenten Hoover

WTB Washington, 6. Juli.

Präsident Hoover gab heute folgende Erklärung ab:

Ich bin glücklich, mitteilen zu können, daß der amerikanische Vorschlag für einen einjährigen Zahlungsaufschub aller Regierungsschulden und Reparationen nunmehr grundsätzlich von allen wichtigen Gläubigermächten angenommen worden ist. Die Bedingungen der Annahme durch die französische Regierung hängen natürlich von der Billigung seitens der übrigen interessierten Mächte ab, in deren Namen die amerikanische Regierung sich selbstverständlich nicht aussprechen kann. Ohne auf die technischen Fragen einzugehen, muß ich sagen, daß während gewisse Zahlungen seitens Deutschlands auf Reparationskonto gemacht werden, das Wesentliche des Vorschlages des Präsidenten beibehalten wird, daß ja die so gezahlten Summen unverzüglich an Deutschland zurückgegeben werden. Die technischen Schwierigkeiten, die sich aus den komplizierten internationalen Abmachungen ergeben, die Gesamtzahlungen zwischen den Regierungen von über 800 Millionen Dollar jährlich einschließen, finden jetzt ihre Lösung durch den guten Willen und die ernste Zusammenarbeit der Führer der Regierungen. Auf jeden Fall ist der amerikanische Teil des Planes an die Zustimmung des Kongresses gebunden. Ich habe jedoch die persönliche Zustimmung einer sehr großen Mehrheit der Mitglieder sowohl des Senats wie des Kongresses erhalten, wobei ihre parteipolitische Zugehörigkeit keine Rolle spielt.

Die Annahme dieses Vorschlages bedeutete Opfer für das amerikanische Volk und für die früheren alliierten Regierungen, die ebenso wie die anderen unter der Weltdepression und dem Defizit in den Regierungshaushalten leiden. Die wirtschaftliche Not, die am schwersten die Bevölkerung von Deutschland und in Mitteleuropa betrifft, wird ungeheuer verringert werden. Der Plan soll hauptsächlich der Wirtschaft helfen, Wirtschaftshilfe jedoch bedeutet den Umschwung des Sinnes der Menschheit vom Mißtrauen zum Vertrauen, den Umschwung der Völker von der Furcht für Unordnung, vor dem Zusammenbruch der Regierungen zur Hoffnung, zum Vertrauen auf die Zukunft. Sie bedeutet fühlbare Hilfe für die Arbeitslosen und für die Landwirtschaft. Die fast einmütige Zustimmung in den Vereinigten Staaten ist wiederum ein sichtbarer Beweis für das aufrichtige Fühlen des

amerikanischen Volkes. Die Welt muß in diesem Jahre, das dem wirtschaftlichen Aufbau gewidmet sein soll, ernstlich über die Ursachen nachdenken, die zur allgemeinen Depression beigetragen haben.

Ich brauche nicht zu wiederholen, daß eine dieser Ursachen die schweren Lasten und die durch die Betrügnungen hervorgerufenen Belastungen sind. Eine Betrachtung der Ereignisse der letzten Wochen sollte uns zu der Erkenntnis bringen, daß wir aus diesen schweren Lasten einen Ausweg finden müssen, die heute das Vielfache des Betrages der Regierungsschulden ausmachen.

Eine Anzahl in Wallstreet führender Bankiers hielt heute eine längere Besprechung über die deutsche Kreditlage ab. Gerücheweise verlautete, daß prominente Banken einen neuen Kredit in Höhe von 50 Millionen Dollar für die Reichsbank in Erwägung gezogen haben.

### Urteil im Uralzef-Prozess

In Leipzig, 7. Juli.

Das am Dienstagvormittag im Uralzef-Prozess verkündete Urteil lautet gegen den Angeklagten Uralzef wegen gemeinschaftlichen Betrugs, vollendeten und versuchten Betrugs und schwerer Urkundenfälschung in mehreren Fällen auf drei Jahre Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Dr. Steinweg wegen gemeinschaftlichen Betrugs auf sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft; wegen Begünstigung erfolgte Freispruch; Strafe wegen Beihilfe zur schweren Urkundenfälschung in Tateinheit mit vollendetem und versuchtem Betrugs in mehreren Fällen 1 Jahr 3 Monate Gefängnis;

Bedenk wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Rückfallbetrug und Beihilfe zur Urkundenfälschung 1 Jahr 3 Monate Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft;

Risiko wegen Urkundenfälschung usw. 7 Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten;

Dr. Türk wegen Betrugsversuchs und Untreue in mehreren Fällen zu 10 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft, von der Anklage des Betrugs erfolgt Freispruch.



# Päpstliche Enzyklika gegen Faschismus

nach dürften neue Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und Dr. Brüning zu erwarten sein, die die Verwendung der durch den Zahlungsausschuss vorläufig ersparten Summen zum Ziele haben. Der Reichstanzler hat, wie schon gestern berichtet, dem amerikanischen Botschafter in Berlin, Herrn Sackett, zur Beruhigung der französischen Regierung eine Erklärung übermittelt, in der es wörtlich heißt:

„Im Hinblick auf die in einigen Kreisen aufgetauchten Besorgnisse, die im deutschen Etat durch den Erlaß der Reparationszahlungen freierwerdenden Summen könnten für eine Vermehrung der Rüstung Verwendung finden, stelle ich fest, daß eine Erhöhung der Auswendungen für Heer und Flotte während des Feierjahres weder beabsichtigt war, noch stattfinden wird. Die gesamten Erleichterungen, die der Hoover'sche Plan bringen wird, werden zur Deckung der zu erwartenden Ausfälle, zur Konsolidierung der finanziellen Verhältnisse und zur Rettung der deutschen Wirtschaft restlos benötigt und verwendet werden.“

Zweifellos wird die deutsch-österreichische Zollunion bei diesen Auseinandersetzungen noch eine erhebliche Rolle spielen. In diesem Sinne wird das bevorstehende deutsch-französische Chequers eine überragende Bedeutung bekommen. Diese Auseinandersetzungen aber beschäftigen erneut, welche unverzeihliche Dummheit es gewesen ist, daß gerade in diesen Monaten, um den unerfährlichen Nationalisten eine Konzession zu machen, die Zoll-Union mit Oesterreich auf die Tagesordnung gesetzt worden ist.

Wie aber würden sich die Dinge gestalten haben, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 16. Juni die Regierung Brüning beiseite hätte, ohne die Möglichkeit zu haben, an ihre Stelle etwas anderes zu setzen, das als Garant der internationalen Besprechungen dienen konnte. Tatsächlich hat die Sozialistische Arbeiter-Internationale bei den Aussprachen, die während der letzten Wochen stattgefunden haben, eine überragende Rolle ausgeübt. Es ist von einigem Interesse, drei Stimmen nebeneinanderzustellen, die auf diese Zusammenhänge und auf die Rolle, die der deutschen Sozialdemokratie bei der Entwicklung der Ereignisse der letzten Wochen zugefallen ist, völlig unabhängig voneinander, verweisen. In der „Frankfurter Zeitung“ vom 5. Juli (erstes Morgenblatt) schreibt Artur Feiler einen Aufsatz, in dem er sich mit dem Hooverplan befaßt. Er stellt die nunmehr erstehenden Aufgaben fest. Als dritte formuliert er den Zwang nach „Innerpolitischer Bestimmung“. Dazu schreibt er das Folgende:

„Die Voraussetzung für ein wirkliches Gelingen ist allerdings die innerpolitische Konsolidierung. Das heißt Erreichte war nur möglich durch die Erhaltung des verfassungsmäßigen Regimes in Deutschland. Es ist wie alles, was wir seit Kriegsende außenpolitisch an Milderungen erreicht haben — und nur schlechtes Gedächtnis kann das für wenig halten — ein Erfolg des demokratischen Deutschland. Die deutsche Sozialdemokratie hat im Juni die Wats dafür geschaffen, indem sie, ohne Liebe, die Regierung Brüning erhielt. Was aber wollen diejenigen, die sie stürzen wollen? Die Radikalen wollen die Katastrophe: Chaos — hoffnungsvolle Ausschüden.“

Bereits in ihrer Nummer vom 28. Juni befaßte sich die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ mit der internationalen sozialistischen Aktion, die das Zustandekommen und die Annahme des Hoover-Plans gefördert hat. Die „Arbeiter-Zeitung“ überschrieb diesen Leitartikel mit dem Stichwort: „Die Internationale rettet Deutschland“. Er beschäftigte sich zunächst mit der Zustimmung der französischen Genossen und bemerkt:

„Die Aktion unserer französischen Genossen war keine kalte Aktion. Man muß sie im Zusammenhang sehen einerseits mit der Aktion der deutschen Sozialdemokratie, andererseits mit der britischen Arbeiterpartei.“

Dann aber bemerkt das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie:

„Die schwerste Aufgabe fiel der deutschen Sozialdemokratie zu. Die antisozial, arbeiterfeindliche Notverordnung der Regierung Brüning hatte die deutsche Arbeiterklasse herausgefordert. Alles sprach dafür, die Einberufung des Reichstages zu verlangen und damit die Regierung Brüning zu stürzen. Aber der Sturz Brünings — das bedeutete das Kommen einer demokratischen, sozialistischen Regierung. Und die Rechtsregierung in diesem Augenblick — das bedeutete Bestätigung der wirtschaftlichen Panik, Sturz der Mark, neue Geldentwertung. Mit einer Selbstverleugung und Selbstaufopferung, wie sie nie noch eine Partei geübt hat, hat die deutsche Sozialdemokratie auf die Einberufung des Reichstages verzichtet und damit nicht nur die Regierung Brüning, sondern die deutsche Volkswirtschaft vor einer unmittelbar drohenden Katastrophe gerettet.“

Die deutsche Sozialdemokratie rettete also nach dieser Äußerung der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ „die deutsche Volkswirtschaft vor einer unmittelbar drohenden Katastrophe“ im Bunde mit den Vertretern der Sozialdemokratie in London und in Paris. Die gleiche Auffassung vertrat Genosse Breitscheid auf dem Bezirksparteitag der Hamburger Sozialdemokratie. Breitscheid ist an diesen Verhandlungen persönlich stark beteiligt gewesen. Er erklärte vor den Vertretern der hamburgischen Sozialdemokratie:

„Was wäre aus den Reparationen geworden, wenn die Fraktion diese Stellung nicht eingenommen hätte? Die Lastenerleichterung Amerikas wäre nicht in Erscheinung getreten. Brüning stand kurz davor, das Transfer-Moratorium zu verkünden. Aber das hätte nur eine Erleichterung von 350 Millionen bedeutet. Erst der Vorschlag Hoovers bringt eine wesentliche Erleichterung. Hoover hofft damit die amerikanischen wie die gesamte Wirtschaft zu sanieren. Der Vorschlag Hoovers hätte niemals die Bedeutung erlangt, wenn nicht die sozialistische englische Arbeiterregierung einen starken Einfluß auf Amerika ausgeübt hätte. Die zweite Internationale ist es also gewesen, die in hervorragendem Maße am ersten Schritt zur Besserung der Wirtschaft beteiligt ist.“

Wenn die Sozialdemokratie innerpolitisch auch in die Defensive gedrängt ist, so hat sie doch außenpolitisch die Offensive ergriffen, wie es Hilfer und Hugenberg niemals vermocht hätten.“

Das ist die gleiche Erkenntnis, die in dem Aufsatz der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ bereits am 28. Juni zu ersehen war. Tatsächlich wäre ohne diese aktive Mitwirkung der drei sozialdemokratischen Parteien in Deutschland, England und Frankreich diese Aktion unmöglich geworden. Artur Feiler schreibt in seinem Aufsatz: „Die Wirtschaftskrise und erst recht die deutsche Krise geht ganz gewiß nicht allein auf das Konto der Reparationen.“ Der Hooverplan ist lediglich ein Schritt zur Überwindung der bestehenden Schwierigkeiten. Mit ihm allein kann die schwierige Lage der Reichsbank nicht unmittelbar beseitigt werden. Der Kampf um die Notverordnungen steht erst bevor. Ueberhäumender Optimismus ist trotz der Verständigung in Paris auch jetzt durchaus noch nicht am Platze.

Die französische Regierung wird bereits heute oder morgen eine Konferenz zur Verständigung über die Durchführungsmodalitäten einberufen. An der Konferenz werden Deutschland und seine Hauptgläubiger teilnehmen.

Am 29. Juni hat der Papst ein neues Rundschreiben (Enzyklika) an die Bischöfe Italiens gerichtet, das erst in diesen Tagen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist. Dieses Dokument beweist, daß der jüngst zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung ausgebrochene Konflikt nicht nur keineswegs beigelegt ist, sondern in schärferer Form denn je weiter geht.

Der Papst dankt zunächst den Katholiken aller Länder für die Solidarität, die sie in dem Konflikt um die katholische Aktion bewiesen haben. Nichtsdestowenig ermahnt er abermals das Volk:

„Es handelt sich um eine Jugend und um eine Kindheit, die sicher zu dem Besten Unseres Guten gehört. Welche Härte und Gewalttätigkeiten bis zu Schlägen und bis aufs Blut, welche Unehrenerblichkeiten der Presse, des gesprochenen Wortes und der Taten gegen Dinge und Personen, die unsere nicht ausgeschloffen, gingen der Ausföhrung der unvorhergesehenen Polizeimaßnahmen voran, begleiteten sie und folgten ihnen! Und alle diese traurigen Begleitumstände und Verletzungen der Ehrfurcht und Gewalttätigkeiten spielten sich ab“

unter Beteiligung von uniformierten Mitgliedern der (faschistischen) Partei, so daß einem notwendig der Gedanke aufsteigt an Unordnungen, die von oben herab gekommen sind.“

Man hat, wenn nicht alles, so doch sicher die hauptsächlichsten Erfindungen, Lügen und Verleumdungen der gegnerischen Parteipresse, die allein Freiheit genießt und der oft befohlen oder fast befohlen wird, alles zu sagen und zu wagen, zu einer allerdings vorsichtigerweise nicht offiziell sogenannten „Botschaft“ gesammelt.

Selten ist uns selbst ein Dokument begegnet, das so tendenziös gehalten ist und so im Gegensatz steht zur Wahrheit und zur Gerechtigkeit gegenüber dem Heiligen Stuhl, gegenüber der katholischen Aktion Italiens und ganz besonders gegenüber den so hart betroffenen Verbänden.“

Noch nie seit der Unterdrückung aller Freiheiten durch den Faschismus ist in so unmissverständlichen Worten das faschistische System öffentlich geanklagt worden. Alseiu die Feststellung, daß lediglich die faschistische Presse die Freiheit genießt und diese Freiheit mißbraucht, um auf Befehl der Regierung Mussolinis zu

fügen, ist innerhalb der Grenzen Italiens geradezu eine Sensation. In seinem letzten Teil zieht das Rundschreiben die Folgerungen aus dem Konflikt und steigert dabei seine Angriffe auf den Faschismus mit unerhörter Schärfe:

„Wir stehen vor einem ganzen Festige unbestreitbarer Erklärungen und vor nicht minder unbestreitbaren Tatsachen, die keinen Zweifel an dem Vorfall lassen, die Jugend von der frühesten Kindheit bis zum reifen Alter“

völlig, ganz und ausschließlich für eine Partei, für eine Regierung in Anspruch zu nehmen, und das auf Grund einer Ideenwelt, die sich in eine wahre und eigentliche Vergötterung des Staates in heidnischem Sinne auflöst, die nicht minder mit dem natürlichen Recht der Familie und mit dem übernatürlichen Recht der Kirche in vollem Widerstreit steht.“

Mit sorgfältig ausgesuchten Worten erinnert der Papst den sich schon für einen Halbgoth haltenden Mussolini daran, daß er gegenüber dem Oberhaupt der katholischen Kirche nur ein „einfa cher Gläubiger“ ist wie jeder andere, und er verbittet sich energisch jede Bezeichnung von ihm über das, was die Kirche in ihrem religiösen Interesse für notwendig hält.

Der faschistische Staat verlangt von jedem Bürger und sogar von der Jugend den Eid auf die Einrichtungen der Usurpatoren. Die Bischöfe hatten sich an den Papst mit der Frage gewandt, was sie den Gläubigen empfehlen sollten angesichts der Zwangslage, in der sich aus materiellen und sonstigen Gründen viele italienische Katholiken befinden. Papst Pius antwortet mit einem Rat, dem er eine für das System der Diktatur vernichtende Bemerkung voranschickt:

„Da wir wohl wissen, daß Mitgliedschaft und Eid für sehr viele die Vorbedingung für die Laufbahn sind...“

Wenn ein gewöhnlicher Bürger, oder besser gesagt Untertan des faschistischen Staates eine solche Bemerkung öffentlich riskierte, würde er schnurstracks nach den Mittelmeerinseln deportiert werden. Es bleibt abzuwarten, wie die faschistische Regierung auf diese Rundgebung reagieren wird, die wohl die härteste Kampfanlage darstellt, die jemals bisher der Diktatur Mussolinis entgegen geschleudert worden ist.

## Quertreibereien und Sonderaktionen

### Ein Mitarbeiter des „Klassenkampf“ gegen den „Klassenkampf“

#### Fritz Croner gegen Seydewitz

Wir brachten dieser Tage eine Äußerung des Sozialdemokratischen Pressebüros über einen „Mahnruf an die Partei“, der von den Genossen Max Adler, Seydewitz, Rosenfeld und Ströbel unterzeichnet worden war. Dieser „Mahnruf“ endete mit einem Appell, „alle Quertreibereien und alle Sonderaktionen“ zu unterlassen. Auf diesen Mahnruf bezieht sich ein Schreiben des Genossen Dr. Fritz Croner, der als Leiter der Sozialpolitischen Abteilung des Bremer Arbeiterverbandes fungiert. Dr. Croner bearbeitete sozialpolitische Probleme im „Klassenkampf“. Er ist auch der Leipziger Parteigenosse durch eine Rede, die er im Sommer des Jahres 1929 im Kampfe gegen die erste Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung im Großen Saale des Volkshauses gehalten hat, wohl bekannt.

Der Brief des Genossen Croner spricht für sich selbst. Er lautet:

„Lieber Genosse Seydewitz, ich muß Sie bitten, die Bearbeitung der Sozialpolitischen Umschau in Zukunft einem anderen Genossen zu übertragen. Ich habe in den Monaten nach dem 14. September 1930 die Haltung des „Klassenkampfes“ zu den Fragen der Parteitaktik mit steigender Verwunderung, ja Bestürzung mit angesehen.“

Ich spreche dabei nicht von der Haltung des „Klassenkampfes“ zur Gewerkschaftsaktion, wie sie in einigen Aufsätzen zum Ausdruck kam. Wir haben uns darüber bereits einmal unterhalten, ohne offenbar zu einer Verständigung gelangt zu sein. Ich habe es aber für unerträglich gehalten, daß der „Klassenkampf“ seine Aufgabe als Blatt der Opposition darin gesehen hat, die außerordentliche Gefahr einer offenen faschistischen Macht-ergreifung in den Augen der Arbeiterschaft systematisch zu verkünnern. Der „Klassenkampf“ ist vor lauter „Opposition“ gegen die heutige Parteiführung nicht dazu gekommen, die große historische Leistung der Partei, nämlich die durch unsere Taktik erzwungene Legalisierung und Entlarvung der Nazi-Bewegung, zu erkennen, geschweige denn anzuerkennen. Ich bin nicht der Auffassung, daß es die Aufgabe einer Opposition in der Sozialdemokratie ist, gegen die taktische Linie der Partei zu sein, nur weil es die Parteilichkeit ist.“

Ich meine, daß die Opposition mehr als genug sachliches Material für die Formulierung ihres Standpunktes hat und es nicht nötig hat, Nichtiges falsch und Falsches richtig zu finden, nur weil sie sonst an einem Punkte einmal keine Differenzen mit der Parteilichkeit finden kann.“

Die Entscheidung der Fraktion zur zweiten Notverordnung halte ich ebenso wie Sie für falsch. Ich halte es aber für unzulässig, die Dinge so darzustellen, als ob für die so schnell veränderte Haltung der Fraktion keine andere Erklärung zu finden

sei als eben der Wunsch, wieder einmal unzufallen. Mit solcher Darstellung entwertet der „Klassenkampf“ den eigenen Standpunkt in den Augen aller, die wissen, was sich tatsächlich ereignet hat. Es wäre die Aufgabe jeder wirklichen Opposition, die Argumente der Mehrheit, insbesondere die scharfe Zuspitzung der finanziellen Lage, mit dem ganzen Schwergewicht, das sie verdienen, darzustellen, und

den eigenen abweichenden Standpunkt unter Würdigung der Argumente der Mehrheit darzulegen. So zu tun, als ob die anderen nur Schwachköpfe und Schwächlinge seien, die auf jeden Kohl hereinfallen, ist im besten Falle lächerlich.

Für undistutabel aber und für unverantwortlich in der gegenwärtigen Situation halte ich den Schritt, den der „Klassenkampf“ mit dem „Mahnruf an die Partei“ unternommen hat. Ich verstehe zunächst nicht, wie ein Mitglied der Sozialdemokratie, solange es eben noch Mitglied der Partei ist, die Verantwortung für einen Beschluß und seine Folgen ablehnen kann, den die Partei gefaßt hat — und mag das Parteimitglied den Beschluß für noch so falsch und gefährlich halten.

Ich verstehe vor allem nicht, wie man in der heutigen Situation, die wie keine zuvor das ganze Anglied der proletarischen Parteipaltungen entkühlt, auch nur einen Augenblick mit dem Gedanken einer nochmaligen Spaltung der Sozialdemokratie spielen kann. Der „Klassenkampf“ spielt aber nicht nur mit dem Gedanken, er schließt ja bereits die organisatorischen Grundlagen für die Zerstückelung der Partei, wenn er die Parteimitglieder, die er nur sehr unvollständig unterrichtet hat, um Zustimmungserklärungen für seinen „notwendigen“ Mahnruf ersucht.

Ich werde mich gegen dieses unüberlegte Vorgehen der Herausgeber des „Klassenkampfes“, das ja nicht nur die Einheit der Partei, sondern auch die Einheit der Gewerkschaften aufs Spiel setzt, mit aller Leidenschaft zur Wehr setzen. Ich bin mit aller Entschiedenheit für eine Veränderung des Parteiprogramms. Niemand aber darf wagen, die Partei zu zerreißen, weil er mit den Beschüssen der Parteilichkeit nicht einverstanden ist.

Am Ende Ihres Aufsatzes, der hinter dem Mahnruf abgedruckt ist, steht der Satz: „Alle Quertreibereien und alle Sonderaktionen schaffen nur Verwirrungen, die der Sache der Arbeiterklasse schaden und die jezt mehr denn je zurückgewiesen werden müssen.“

Es entzieht sich meinem Verständnis, wie Sie diesen Satz schreiben und gleichzeitig den „Mahnruf“ unterschreiben konnten. Ich hoffe aber, Sie werden mich verstehen, wenn ich aus den Gründen, die Sie in dem Schlußsatz Ihres Aufsatzes niedergelegt haben, die weitere Mitarbeit am „Klassenkampf“ ablehnen muß.“

#### Der Parteiauschuß verschoben

SPD Die anfänglich für Mitte dieser Woche in Aussicht genommene Sitzung des Parteiaususses der SPD findet erst am Dienstag, dem 14. Juli, statt. Die Verschiebung erfolgte auf Wunsch von Mitgliedern des Parteiaususses, die während dieser Woche durch Tagungen des Sächsischen Landtages in Anspruch genommen sind.

#### Verstärkter Abfluß an Devisen

IL Berlin, 6. Juli. Ganz entgegengesetzt den Erwartungen, die man auch augenblicklich noch gestern innerhalb der Kreise der Reichsbank hegte, sind die Devisenanforderungen heute wieder außerordentlich gewachsen. Man schätzt sie auf über 80 Millionen Reichsmark. In der Woche letzten sah die Verkäufe zu Geldbeschaffungs zwecken fort, was wiederum Kurserlöse bis zu 7 und 8 v. H. gegenüber der Vortagswoche zur Folge hatte. Tägliches Geld bleibt stark gelocht und ist nur zu 9 bis 11 v. H. erhältlich.

#### Nazibüro polizeilich geschlossen

SPD Kiel, 7. Juni. Am Dienstagmorgen wurde der Ortsgruppenleiter der NSDAP Kiel, Sunkel in seiner Wohnung verhaftet. Anschließend wurde die Geschäftsstelle der NSDAP von Polizei besetzt und die Räume verriegelt. Ueber die Gründe der polizeilichen Maßnahmen ist bis zur Stunde nichts zu erfahren.

Die „Münchener Post“ berichtet: „Am Sonnabendvormittag um 10.30 Uhr wurde auf dem Gelände der ehemaligen Orbis-Film-W.G. Neugrünwald die sogenannte Reichsführerschule der nationalsozialistischen SS bei einer verbotswidrigen Übung in voller Uniform von der Gendarmerie festgestellt und angegriffen.“

#### Rom und Moskau

SPD Rom, 6. Juli. Auf Wunsch von Moskau werden kurz nach dem Besuch des amerikanischen Staatssekretärs Stimson, der am Dienstag hier erwartet wird, neue Verhandlungen über eine Erweiterung des Wirtschaftsabkommens zwischen Italien und Rußland stattfinden, obwohl in diesem Jahre erst ein Zusatzabkommen abgeschlossen wurde. Inwiefern wichtige Veränderungen weltwirtschaftlicher Probleme in diese Wirtschaftsverhandlungen hineinspielen, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Aber es handelt sich bei den Verhandlungen sicher nicht nur darum, daß Italiens Rüstungsindustrie für Rußland stärker arbeiten soll. Notwendige engere Beziehungen zu Sowjetrußland werden auch in der hiesigen Presse verlangt. Von Rußland dürfte eine Einigung über Fragen der europäischen Politik, die nach Genf hinüberzieht, versucht werden. Das Eintreten Italiens für Sowjetrußland in Genf hat keine besonderen Hintergründe.

#### Sozialistischer Sieg in Frankreich

SPD Paris, 6. Juli. In Marseille ist am Sonntag bei einer Erziehung für den verstorbenen radikalen Senator Pasquet der sozialistische Kandidat Bon mit 287 Stimmen in den Senat gewählt worden. Auf den radikalen Kandidaten vereinigten sich 202 Stimmen.



### Ermächtigungsgesetz für Württemberg?

Aus Stuttgart wird dem Soz. Pressebüro berichtet: Das württembergische Staatsministerium hat beschlossen, den Landtag zu einer kurzfristigen Beratung zusammenzurufen zu lassen, in der ein Ermächtigungsgesetz mit Blankovollmacht für zweimonatlich erscheinende Abträge am Etat verabschiedet werden soll.

Ein Grund hierzu liegt nicht vor, da die Regierung, wie sich mehrfach gezeigt hat, für sehr von ihr ausgehende Sparaktion, selbst wenn sie noch so antisozial und kulturfeindlich ist, stets eine Mehrheit gefunden hat. Wenn sie jetzt dennoch eine solche Vollmacht verlangt, so scheint der Anlaß dazu in dem Mangel an Mut der zur Regierung gehörenden Parteien zu liegen, die unangenehme Erörterungen im Landtag ausweichen wollen.

Es ist z. B. bekannt geworden, daß der deutschnationale Finanzminister beabsichtigt, den staatlichen Zuschuß für die württembergischen Landes-theater um eine halbe Million zu kürzen. Da die Stadt Stuttgart zur Deckung des Defizits der Theater im Verhältnis zwischen 40 zu 50 beiträgt, so würde die Absicht des Finanzministers eine Herabsetzung der Zuschüsse für das Theater um 900.000 Mark bedeuten. Damit würde dem Institut ein Schlagverfecht und es würde zu schließen gezwungen sein. Die an sich guten finanziellen Verhältnisse des Landes Württemberg, das so gut wie schuldenfrei ist, rechtfertigen eine so brutale Droßelung des bedeutenden Kunstinstitutes des Landes in keiner Weise. Da aber die Demokraten offenbar nicht den Mut haben, gegen ihre Koalitionsgenossen auf der Rechten aufzutreten, soll die ganze Entscheidung dem Landtag entzogen und dem Staatsministerium vorbehalten bleiben. Dann hoffen die Demokraten und Deutsche Volkspartei sich damit herausreden zu können, daß sie majorisiert worden seien. Es ist schlimm, wenn lediglich aus solchen parteipolitischen Motiven das Parlament um seine verfassungsmäßigen Rechte gebracht wird.

### Man darf sie nicht ernst nehmen

Der Einheitsfrontschwundel, der neuerdings wieder von der Berliner KPD-Zentrale propagiert wird, erfährt eine treffliche Beleuchtung durch einen Vorgang, der sich jetzt in Hirschberg im Riesengebirge abspielte.

Gelegentlich der Breslauer Stahlhelmparade waren in Hirschberg einige hundert Stahlhelmer einguarniert, die sich besonders rabiat benahmen. Schaufenster jüdischer Geschäfte wurden bespuckt, Arbeiter die Parteiabzeichen gemalt abgerissen, mehrere Personen erhielten Messerstiche und zwei Tote, in denen Arbeiter verletzt wurden, „ausgeräumt“ und großer Sachschaden angerichtet. Der Arbeiterkampf bemächtigte sich eine große Empörung. Als die Hirschberger SPD-Leitung zu einer antisemitischen Kundgebung aufrief, beteiligten sich auch die Kommunisten daran und gaben zu dem Aufruf ihre Unterschrift. Das paßte aber den KPD-Drachenteufern in Breslau nicht in den Kram. Die Bezirksleitung setzte sich zusammen und das Ergebnis ihrer Beratungen waren folgende Ausschüsse:

Kirchke (Hirschberg), wegen fortgesetzter Abweichung von der Generallinie der Partei. R. ließ sich in seiner Eigenschaft als kommunikativer Gemeinbedeuter ins Schlesien von der SPD nehmen und schädigte die Partei und die revolutionäre Arbeiterklasse durch die Unterstützung der SPD in der Durchführung eines betrügerischen Wandervers. Kasusnat (Hirschberg), gleichfalls wegen opportunistischer Anschauungen und Handlungen, die ihn in Widerspruch mit den Grundthesen der Partei brachten. R. ist ein parteischädigendes Element, das in der revolutionären Arbeiterbewegung nichts zu suchen hat.

Kommunisten, die so nativ sind, die Einheitsfrontparolen der KPD ernst zu nehmen, sind „partei-schädigende Elemente“, die in der KPD nichts zu suchen haben. Den kommunistischen Arbeitern, die sich anjubeln, als er bei der Kundgebung hervorhob, daß endlich sich die gesamte Arbeiterschaft im Kampfeswillen gegen die Faschisten zusammenfinden müsse“, dürfte nun ein Licht aufgegangen sein, daß man kommunistische Parolen nicht ernst nehmen darf.

### Auf der Suche nach dem Mörder

Die Berliner Polizei hat am Montag in der Dinkelsbenderstraße ein kommunistisches Versteckort ausgehoben und 18 Personen festgenommen. Die polizeiliche Aktion erfolgte im Zusammenhang mit dem Mord an dem Berliner Schupowachmeister Rufffeld, der in der vergangenen Woche während einer kommunistischen Demonstration in der Frankfurter Allee das Opfer seines Dienstes wurde.

Als die Beamten in das Lokal einbrangen, befanden sich in ihm etwa 50 Personen, die einer Selbstinspektion unterzogen wurden. 18 Personen erwiesen sich als verdächtig, an der Verabredung der Demonstration in der Frankfurter Allee und an der dortigen Schießerei beteiligt gewesen zu sein. Unter den Festgenommenen vermutet man auch den Mörder des Oberwachmeisters Rufffeld.

### Streik des Telegraphenpersonals in Spanien

WTB Madrid, 6. Juli.

Ein Streik der Telegraphen- und Telephonarbeiter und Angestellten hat den drahtlichen Verkehr in Spanien nicht lahmgelegt. Der Verkehr wird, wenn auch mit Schwierigkeiten, durch arbeitswillige Angestellte durchgeführt. In Madrid mußte die Polizei gegen Streikende, die das Telephonamt umlagerten, vorgehen.

In Barcelona wird der Betrieb mit vermindertem Personal durchgeführt. In Sevilla befürchtete man Unruhen, doch ist es bis zu den späten Abendstunden ruhig geblieben. Die Behörden sind von der Regierung angewiesen worden, bei eventuellen Störungsversuchen energisch einzugreifen. Der Verkehrsminister erklärte, daß der Streik weniger umfangreich sei, als man befürchtet habe.

### Blutiger Kampf in Marokko

Im südlichen Teil von Marokko kam es in der Nacht zum Freitag zwischen den Einwohnern eines unter französischer „Schutzherrschaft“ stehenden Dorfes und etwa 80 Beduinen eines noch nicht unterworfenen Stammes zu einem blutigen Kampf, als die Beduinen in das Dorf eindringen und es zu plündern versuchten. Im Verlauf des Feuergefechts wurden 46 der „Mörder“ erschossen, während die übrigen 14 gelang, die Flucht zu ergreifen. Die Angegriffenen hatten 5 Tote, darunter das Oberhaupt des Dorfes, zu beklagen.

### Chinesenpögrame in Korea

WTB London, 6. Juli.

In Pingyang (Nordwestkorea) ist es in der Nacht zum Montag zu schweren Zusammenstößen zwischen Koreanern und Chinesen gekommen, bei denen 37 Chinesen getötet und 180 verletzt worden sind. Polizei und Feuerwehr versuchte, dem Löben der Wenge Einhalt zu tun und nahmen über 100 Verhaftungen vor. Jedoch dauerten die Ausschreitungen bis zum Morgen an.

# Untermenschentum in der Nazi-Partei

## Einbrecher, Zuhälter, Taschendiebe, Zechpreller, Straßenräuber, Meineidige

### Ein Sakentkrenz-Verbrechernetz

Vor kurzem hat der sächsische Naziabgeordnete Student Lowski im Landtag frech behauptet, es seien vielleicht nicht alle Nazis Verbrecher, wohl aber seien alle Verbrecher Nazis. Ost genug ist vorher und nachher nachgewiesen worden, daß wohl keine Partei so viele notorische Verbrecher in ihren Reihen hat wie die Hitlerpartei, die sich erdreistet, alle politischen Andersdenkenden als „Minderwertige“ und „Untermenschen“ zu beschimpfen. Einen neuen drastischen Beweis für die moralische Verkommenheit ganzer Gruppen der Sakentkrenzpartei liefern jetzt die Bekennnisse eines aktiven Nationalsozialisten über die der Soz. Pressebüro berichtet.

In Hagen kam es kürzlich zu einer blutigen Schießerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Anfänglich standen die Kommunisten unter dem Verdacht der Urheberchaft, aber bald stellte sich heraus, daß Nationalsozialisten aus Dortmund die Angreifer waren. Es wurden 25 Nationalsozialisten verhaftet, von denen sich heute noch 6 in Hagen i. Westf. in Haft befinden.

Einer dieser Nazis, ein gewisser Berger, hat jetzt im Gefängnis aus freien Stücken einen langen Brief über die Zustände in der NSDAP angefertigt. Er entwirft darin ein geradezu grauenhaftes Bild. Berger, der nach der Wahl zu den Nationalsozialisten übertrat, weil er an ihrem Idealismus und die Ehrlichkeit ihrer Ziele glaubte, nennt jetzt die Dinge beim wahren Namen und

nennt keine früheren Kameraden Einbrecher, Zuhälter, Taschendiebe, Betrüger, Zechpreller, Straßenräuber und Meineidige.

Es sind trübte Bilder, die er malt, aber es sind Tatsachen, die er wiedergibt. Hören wir ihn:

Am 14. September saßen in Dortmund im Restaurant zum Stadttheater SA-Leute auf Wache. Der Siegestaumel und der Durst sind groß. Das Geld ist knapp. Wie hilft man sich?

Man plündert den Weinsteller.

Selbst vor dem Diebstahl bei Parteilokalen scheut man nicht zurück. Da ist der SA-Mann Friederich. Er nimmt Sonntags ein Büffetkränzchen in den Hauptlokalen Dortmunds Noelle mit zum Spazierengehen. Er hat kein Geld, er weiß aber, daß die Kleine kurz nach dem Ersten noch Geld haben muß. Zunächst leiht er sich mal drei Mark von ihr und steckt ihn nach und nach den Rest, denn die Kleine wird allmählich betrunken. Dann bringt er sie in die Wohnung eines anderen SA-Mannes. Dort wird sie von mehreren SA-Leuten mißbraucht. Als nach einiger Zeit das Mädchen bei einem Diebstahl, zu dem Friederich sie gezwungen hat, aus dem Lokal Noelle flieht, wird sie von einem SA-Mann in die Wohnung genommen und muß sich zum Dank für das Uebernachten von 5 bis 6 Leuten mißbrauchen lassen.

Später wird sie auf die Straße geschickt, Geld zu verdienen. Schließlich wird sie aufgegriffen und, da sie erst 17 Jahre alt ist, einer Erziehungsanstalt überwiesen.

Der SA-Mann Wengel ist von Beruf Taschendieb. Der Sturmsführer, darauf aufmerksam gemacht, erklärt, das seien Privatangelegenheiten. Wengel flieht erst, als er Gelder der „Roten Erde“ unterschlagen hat.

Mit Fälschungen ist man nicht kleinlich. Daß man unvorsichtige und betrunkenen Gäste, die bei Noelle erscheinen, auf einer

Bierreise um ihre Barschaft erleichtert, ist noch harmlos. Da gibt es noch ganz andere Dinge. Der Verwalter des SA-Hauses Norden, Herr Barken, vorbestraft mit zwei Jahren Zuchthaus, bestiehlt mit dem SA-Mann Heinrichs zusammen Schuhe und Hosen, erklert bei der Firma Bohmer, Lehrtreter bei der Firma Kahre in Dortmund. Sie vergessen zu bezahlen und unterschlagen das Geld, das sie für Hosen und Stiefel erhielten. Darauf werden sie aus der SA herausgeworfen. Sie wollen sich das nicht gefallen lassen und ergreifen sich in Drohungen.

Barken, der besonders scharf auftritt, erhält einen Wink, wenn er nicht ganz artig sei, werde man ihn „umlegen“. Das veranlaßt ihn, ganz stille zu sein und schleunigst nach Dortmund zu gehen.

Der Lieferant für Pistolen der SA, der Waffen, die so manche verhängnisvolle Rolle in Dortmund und Umgebung gespielt haben, ist der Gausportwart des Stahlhelms, Herr Emil Wehger. Er ist strenger Antisemit, wenn er auch die Waffensache für seine Scharen bei Juden kauft. Wie wurden die von ihm besorgten Waffen gebraucht? Als der Sturm 83 in Rahmen zu einer Versammlung fuhr, gab es wilde Schießereien. Stühle wurden in die Fenster Wühlsticker geworfen, mit Pfastersteinen wurden die Schaufenster einer Wehgerlei zertrümmert und Wärfte gestohlen. Der SA-Mann Kohersmeier verfügte damals über eine 08-Pistole mit Dum-Dum-Geschossen. Acht Tage später wurde in Dortmund in der unteren Münsterstraße der 18jährige Schadow durch ein Dum-Dum-Geschoss getötet. Ein Arbeiter Steiger hatte den Kohersmeier schießen sehen, kannte ihn aber nicht. Bei einer Versammlung in Uplerbeck, bei der Wagner, Bochum, eine Rede hielt, besetzte die SA von hinten durch die Fenster des Saales die Bühne und bewaffnete sich dort mit Gewehrtruppen aus Holz. Da aus der Versammlung Widerspruch gegen das Eindringen der SA erhoben wurde, gingen diese gegen die Besucher vor. Es entwickelte sich eine wilde Schießerei. Wagner warf dabei Wasserflasche und Glas in den Saal. Als einige SA-Leute vor dem Schupo im Auto stüchelten, sah Wagner mit der Pistole ein Fenster. Als der Sturm 83 zum Bezirkstag nach Holzwickede fuhr, wurden die Autos von der Polizei überragend auf Waffen untersucht. Aus Wut darüber lauerete die SA-Führer Bauer, wie er selbst angab,

dem Polizeipräsidenten auf, „um ihn zu erschicken“.

Als die Wohnung eines SA-Mannes in der Güntherstraße in Dortmund mit Steinen bombardiert wurde,

schossen die SA-Leute Albrecht und Kohersmeier in die Wohnung eines Kommunistenführers und verletzten ihn schwer. Zwei andere SA-Leute schworen aber, die beiden zur selben Zeit anderswo gesehen zu haben.

Im Prozeß Gerecht, des bekannten Zeitungsvorkäufers von der Remobilische, wurde eine Rekordzahl von Meineiden gefestelt. Explizit noch bei der SA ganze Lehrgänge über gerichtliche Auslagen. Vorproben für Prozesse wurden bei verschiedenen Stürmen abgehalten. Aber nicht genug damit. Die Zeugniskinder, die man nachher verlor, waren auf Grund gefälschter Verdienstbescheinigungen abgehoben worden. Ein Teil des Geldes mußte für diesen Zweck abgeführt werden.

Die Feststellungen des früheren Nazimannes Berger sind so ungeheuerlich, daß die Justiz daran wird nicht vorbegehen können. Aber so wie er die Dortmund NSDAP schildert, sieht es im Nazilager vielerorts aus. Es scheint, daß die ganze Naziartei ein einziger großer Sumpf ist.

# Young klagt den Kapitalismus an!

## Bedeutungsvolle Feststellungen

In der Volkszeitung wurde kürzlich in einem sehr instruktiven Artikel von Paul Szende darauf hingewiesen, daß die Aktionen des US-Präsidenten Hoover eine weitgehende Umstellung der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu dem Problem der Einflußnahme des Staates auf die Wirtschaft voraussetzen. Wie recht Genosse Szende mit dieser Feststellung hatte, ergibt sich aus einem Interview, das der Schöpfer der gegenwärtigen Reparationsregelung Owen D. Young einem amerikanischen Korrespondenzbüro, dem News Syndicate, gab. In diesem Interview spricht sich Young, der gegenwärtig Leiter der General Electric Company ist, sehr energisch für die Betätigung der „öffentlichen Hand“ in der Wirtschaft aus.

Schon diese Erklärung eines führenden kapitalistischen Wirtschaftsführers, der ausgerechnet leitende Persönlichkeit eines Wirtschaftszweiges ist, in dem sich in Europa die gemeinwirtschaftlichen Tendenzen besonders stark bemerkbar machen, verdient Beachtung. Von noch größerer Wichtigkeit scheint uns aber zu sein, daß sich der Schöpfer des Youngplans, der jetzt auch der Anreger des von Hoover propagierten „Weltjahres“ ist, sehr deutlich zu dem Problem der kapitalistischen Wirtschaftsordnung äußert. Er tut das in dem Bewußtsein, daß seit langem in den Vereinigten Staaten von Nordamerika jeder Kritiker dieses Systems als „Bolschewist“ verschrien und verdammt wird. Young sagte darum in dem Interview einleitend: „Schließlich ist der Kapitalismus nur ein Fahrzeug, das die Zivilisation auf ihrem Weg bis zum heutigen Punkt befördert hat. Er ist kein Eudzwed. Er hat der Menschheit gut getan, und wir sind genötigt, an ihm festzuhalten, bis etwas Besseres demonstriert wird.“

Bereits diese Erklärung zeugt von einer ganzen Portion Einsicht, wie man sie in demselben Umfang von deutschen Kapitalisten schwerlich zu hören bekommt. Aber Young begründet seine kritische Stellungnahme zu der kapitalistischen Wirtschaftsordnung noch bedeutend schärfer, indem er mit ungehinderter Deutlichkeit erklärt:

„Ich kann das kapitalistische System ebensogut aufgeben wie der Bolschewist. Ich kenne seine Fehler genau so gut wie er. Ich weiß, daß die Tatsache, daß in einem Winkel der Welt das Korn verfault, während in einer anderen Gegend die Leute verhungern, ein Schandstück auf der Maschinerie des Kapitalismus ist. Ich weiß, daß Arbeitslosigkeit, wenn Menschen da sind, die arbeiten wollen, und andere, die die Produkte brauchen, eine Schande für das kapitalistische System ist. Ich weiß, daß der Reichtum, der produziert wird, noch nicht gerecht verteilt ist.“

Owen D. Young ist sich ganz genau bewußt, welcher Angriffe er sich wegen seiner Wahrheitsliebe aussetzt und pariert den Vorwurf, daß er auch in das Lager der „Bolschewisten“ gehöre, mit sehr nüchternen und sehr verständigen Erklärungen, wie er die zukünftige Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems beurteilt: „Doch bedeutet das noch nicht, daß ich ein Bolschewist bin. Es bedeutet nur, daß ich mit unserer Fehler bewußt bin. Es bedeutet, daß ich bereit bin, meine Aufmerksamkeit der Verbesserung dieses bestehenden Systems zuzuwenden.“

Young setzt sich also für die Verbesserung und Reformierung der herrschenden Gesellschaftsordnung ein: Bei dieser Gelegenheit hebt er ausdrücklich den ungeheuerlichen Gegensatz zwischen den technischen und den sozialen Ergebnissen der Rationalisierung hervor. Sich der Jugend zuwendend, sagt er:

„Die Krankheiten des Kapitalismus fordern die Jugend, besonders die amerikanische, heraus, sie zu heilen, und ich hoffe, daß wir auch wirtschaftlich und sozial noch ähnliche Fortschritte machen werden, wie wir sie auf dem Gebiet der Technik und der angewandten Wissenschaft schon gemacht haben.“

Uns erscheinen die Erklärungen Owen D. Youngs nicht nur wichtig, weil man einmal aus ihnen den geistigen Unterschied zwischen dem amerikanischen Kapitalisten und seinen deutschen Kollegen zu erkennen vermag, sondern weil es auch für die Arbeiterbewegung nicht bedeutungslos ist, welche Umstellungen die gegenwärtige Krise in der geistigen Haltung der intelligenten und einsichtigen amerikanischen Wirtschaftsführer hervorgerufen hat. Für die sozialistische Arbeiterbewegung in Deutschland sind jedenfalls die Äußerungen Youngs wertvolles Material gegenüber den immer wiederkehrenden Behauptungen der deutschen Scharfmacher, als sei an all dem Elend nicht das kapitalistische System, sondern der „Führergestalt“ und die Betätigung der „öffentlichen Hand“ schuld ...

### Im Musterländchen der Nazi-Reaktion

Der Hauptausschuß des Landtages lehnte heute die von den Sozialdemokraten beantragte Niederschlagung der Strafen ab, die aus Anlaß des Schulstreiks in den westlichen Schulen Braunschweigs, Wolfenbüttels und Schöningens im April d. J. von der Polizei verhängt worden waren. Es handelt sich um insgesamt rund 2700 Haftstrafen von je zwei bis drei Tagen. Eine Anzahl der von der Haft betroffenen Eltern hat gerichtliche Entscheidung beantragt.

### Kommunistischer Schwindel

WTB Berlin, 7. Juli. Die kommunistische Presse hatte dieser Tage behauptet, daß die Berliner Polizeibehörde bewaffnete Polizeiprovokatoren zu Demonstrationen entsende. In dieser Behauptung ist, wie der Berliner Polizeipräsident mitteilt, kein Wort.

### Hindus und Mohammedaner

WTB Lahore, 4. Juli.

Bei Zusammenstößen in dem Dorfe Sitandabad (in der Nähe von Multan) wurden 30 Hindus und vier Mohammedaner verletzt. Etwa 500 Mohammedaner, die mit Beilen und Bambusstöcken bewaffnet waren, plünderten das Dorf, töteten drei Hindus in Brand und drangen in etwa 100 Kaufhäuser ein. Die Polizei, die aus Multan herbeigeht wurde, war bald Herr der Lage.

WTB Nangun, 6. Juli.

Bei einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Aufständischen sind 40 Rebellen getötet und ebensoviel verletzt worden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Kurt Günther in Leipzig. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Kurt Pöppel in Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchverlag Dr. Wittenberg, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.



Neues Theater.

Donnerstag, den 7. Juli 1931... Die letzten Vorstellungen... unter Leitung von Direktor Willy Freger...

Neues Operettentheater

Telephon 22484. - Dir. Dr. Eckert. Täglich 8 Uhr unser neuer Erfolg Das Kaiserliebchen...

Krystall-Palast-Varieté

Täglich 8.15 Uhr Internationale Varieté-Festspiele... „Loch in der Wand“...

GEG Waschmittel



Famos das vorzügliche selbsttätige Waschmittel... Nitor Edelseife in Pulverform... Seifenflocken das feinste und edelste Waschmittel...

Konsumvereinen der Leipziger Einkaufsvereinigung

Abgabe nur an Mitglieder • Aufnahme in allen Verteilungsstellen

Kuchhaus Bonorand. Morgen Mittwoch, 4 Uhr Die beliebte Kaffee-Stunde... Abends 8 Uhr Großes Blas-Konzert...

Stellenangebote. 23jähr. Mädchen sucht Stellung im privaten Haushalt. Frieda Gaudlik, Bad Lausick...

Kaufgesuche. Kaufe laufend Packleinwand, Bindfäden, sowie sämtl. Rohprodukten...

HERSTELLUNG VON KATALOGEN ZEITSCHRIFTEN U. BROSCHÜREN. LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI AG. PLAKATEN UND PROSPEKTEN, EIN- UND MEHRFARBIG FERNRUF 72206

Markthallenstr. 6. Für die Wochentage unsere billigen Schlager! Halbfrikassee od. Pfefferfleisch Pfd. 85...

ZOO. Drölliger Schimpanse - Viele neue Tiere. Täglich Konzerte. Morgen Mittwoch: Großes Kinderfest...

Altes Theater. Schauspielhaus. Ihr Anzug wird wie neu gezeichnet u. gebüchelt... Patentbüro... Vermietungen...

BAUMARKT DER STADT LEIPZIG

EISENBAU REINHOLD PATZSCHKE LEIPZIG N 25. AUSFÜHRUNG SÄMTLICHER STAHL-KONSTRUKTIONEN FÜR DEN INDUSTRIE-, GESCHÄFTSHAUS- UND WOHNUNGSBAU.

OSWALD WERNER Leipzig C1, Mascovstr. 2 u. Telefon 67615. AUGUST LÖHR & CO. GmbH, Leipzig, Bayrische Str. 56, Tel. 32970. MAX POHLE Leipzig-Plagwitz, Zschodersch Str. 66-70. WAGNER & CO. Leipzig C1, Bayrische Str. 58 u. Tel. 38003. EMIL GRAICHEN Leipzig, Emilienstraße 38 u. Fernruf 18688. STÄDTLER & KUNATH Leipzig O 28, Eisenbahnstr. 119, Ruf 61424.

Asphaltwerke R. Tagmann AG. Leipzig O 30, Tauchaer Str. 45. Straßenbau in Asphalt und Teer. Asphaltierungen gewerblicher Räume. A. Degner, Leipzig, Körnerstr. 41-43. Fensterfabrik :: Schaufenster-Anlagen :: Bautischlerei. Bauhütte Leipzig. G.m.b.H., Leipzig C1 Gellertstraße 7. Großbau-Unternehmen. B. Wermann, Leipzig C1, Alexanderstr. 6.



Mörder Jonas vor Gericht

Wittrow, 6. Juli.

Vor dem hiesigen Schwurgericht begann heute vormittag der Prozeß gegen den Fabrikanten Friedrich Jonas, alias Graf Hohenau. Der Angeklagte hatte am 4. Mai d. J. den Justizoberwachmeister Glaesel, der den damals in Untersuchungshaft befindlichen Jonas zu bewachen hatte, erschlagen. Nach der Tat war Jonas geflohen, konnte aber einen Tag später von der Polizei auf dem Motorschiff "Bubi", auf dem er sich mit seinen Helfershelfern verborgen hielt, festgenommen werden. Diese, der Lagerverwalter Rasfeld und der Buchdrucker Heinrich Jörß sind wegen Gefangenenerfreitung angeklagt. Während Jonas in Deutschland sechsmal vorbestraft ist, u. a. wegen schweren Diebstahls im Rückfalle zu drei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust, sind die Mitangeklagten bisher unbestraft. Auch von Amerika aus wird Jonas gesucht, und zwar wegen Mißbrauchs der Post zu Betrugsereien. Nach der Anklage des Generalpostmeisters der Vereinigten Staaten belief sich die von Jonas in Amerika erschwindelte Summe auf 300 000 Dollar.

In der heutigen Prozeßverhandlung wurde mit der Vernehmung der Angeklagten begonnen. Jonas will keine Auskunft über seine Persönlichkeit geben und behauptet, kein Schwindler zu sein. Er sei aus Hohenau nach Deutschland gekommen. Den Namen "Jonas" habe er angenommen, um für seine Gegner verschwieben zu sein. — Frau Jonas gibt an, mit Hohenau verheiratet zu sein; ihr Mann war oft angefeindet und sogar überfallen worden. Sie glaubt fest an seine Erfindung. Den Namen Jonas habe er angenommen aus Mitleid mit den Eltern des Jonas, die ihn für ihren Sohn hielten und von dieser Einbildung nicht lassen konnten.

Die Identität des Hochstaplers Jonas festgestellt

Im weiteren Verlauf des Jonas-Prozesses gaben bei der Vernehmung alle Angeklagten an, daß sie den Justizoberwachmeister Glaesel nicht hätten töten wollen, sie hätten ihn lediglich ungeschädlich machen wollen, um einen genügenden Vorwand zu bekommen. Sie hätten ihn gemeinsam überwältigt und gefesselt, ihm eine Tischdecke um den Kopf gelegt und ihm später auch noch eine Steppdecke umgeworfen, die sie nur leicht verschmürrt hätten, so daß sie nicht hätten annehmen können, daß Glaesel etwas passieren konnte. Aus der Vernehmung der Identitätszeugen, unter Vorlage von Fingerabdrücken, ergab sich unzweifelhaft, daß es sich bei dem Angeklagten um den Klempner Friedrich Jonas handelt.

Nobile will mit den Russen Amundsen suchen

Das Programm für die Arktisfahrt des "Zeppelin"

DE Moskau, 6. Juli.

General Nobile hat der Leitung des russischen Eisbrechers "Maingin", der bekanntlich am 15. Juli d. J. eine Touristenfahrt ins Polargebiet antritt, mitgeteilt, daß er an der Expedition teilnehmen möchte. Diesem Wunsch Nobiles, der den Spuren Amundsens nachgehen will, ist entsprochen worden. Der Leiter der "Maingin"-Expedition, Professor Wele, begibt sich dieser Tage nach Archangelsk, um die letzten Vorbereitungen zu treffen.

Nach in Moskau eingetroffenen Mitteilungen wird der "Graf Zeppelin" unter Leitung Dr. Goeners zwischen dem 20. und 22. Juli aus Berlin nach Penzance abfliegen. Von Penzance wird das Luftschiff über Archangelsk nach Sewernaja-Semlja und Franz-Josephs-Land aufsteigen. Der "Zeppelin" plant Erkundungsflüge im Gebiet der Neusibirischen Inseln, wo man verschiedene, noch nicht entdeckte große Inseln vermutet. Auf Sewernaja-Semlja werden der Sowjetgouverneur der Insel Uschakow und dessen Stellvertreter an Bord des "Zeppelin" genommen. Russische Helfer nehmen an der "Zeppelin"-Fahrt Professor Samoilowitsch, Herr Wolffschanow, der Luftschiffer Ahberg und der Junker Prentel teil.

Neues Unwetter im Berratal

LU Kassel, 7. Juli.

Das vor kurzem durch ein schweres Unwetter verwüstete Berratal wurde am Montag erneut von zwei schweren Gewittern heimgesucht. In breiten Strömen (soß das Wasser zu Tal und verschlammte die nach dem letzten Unwetter neubeseiteten Acker, Felder und Gärten wurden verwüstet, desgleichen die erst zum Teil ausgebelebten Straßen. Viele Bäume wurden entwurzelt. Das Obst ist restlos abgeschlagen. Zahlreiche neue Bepflanzungsreihen sind eingetreten. Von vielen Dächern wurden die Ziegel herabgerissen. Die Bewohner sind der Verwüstung nahe. Durch diese letzte Katastrophe ist die Not ins Ungemeine gesteigert.

Springflut in Südkalifornien

LU London, 6. Juli.

An der Küste Südkaliforniens hat eine Springflut am Sonntag schweren Schaden angerichtet. Bei Los Angeles sind 18 Bäder ertrunken. Hunderte von Personen, die sich in größter Gefahr befanden, konnten durch Einsatz aller zur Verfügung stehenden Rettungsgürtel vor dem Ertrinken gerettet werden.

Zyklon über Sidney

LU London, 6. Juli.

Die Stadt Sidney in Australien wurde am Montag von einem Zyklon heimgesucht, dem nach den bisher vorliegenden Meldungen mehrere Menschen zum Opfer gefallen sind. Die im Hafen liegenden Dampfer befanden sich in größter Gefahr, da die Anker nicht hielten. Die Höhe des Sachschadens läßt sich noch nicht abschätzen.

Ein Toter bei einem Kraftwagenunfall

WB. Bremen, 6. Juli.

Ein schwerer Autounfall ereignete sich heute nachmittag auf der Chaussee Bremen-Deimelhorst bei Heidekrug. Der aus Bremen kommende Wagen des Kaufmanns Karl Behrens geriet in einer Kurve an den Bordstein und überschlug sich mehrfach. Das Auto wurde vollkommen zertrümmert. Von den drei Insassen war der Glasermeister Heinrich Junge sofort tot, der Kohlenhändler Peter Keumeyer wurde schwer verletzt. Der Besitzer des Wagens kam mit geringeren Verletzungen davon.

Von der Dreckererschule

Die Dreckererschule, das Nest der Wanderer an der böhmischen Grenze ist durch den frohen Anton Günther aus Gottesgab hinreichend bekanntgeworden. Wer aber, lieber Leser, kennt in Leipzig Mauern die Dreckererschule, im Ernst "Die Dreckererschule"? Es ist dies nicht der neue terminus technicus für die Leipziger Volksschulen, die in diesem Jahre nur einmal gründlich gereinigt werden sollen. Sie könnten einen ähnlichen Namen wohl verdienen, aber der Dame Dreckererschule ist ein Ehrenname und kein Spottname, und er ist längst vergeben.

Allerdings muß der Name für das sorgende Elternhaus schlimmste Befürchtungen erwecken, aber allen Schullektionären zum Trost sei es gesagt, sie ist kein Ergebnis der Revolution und des Uebergangsschulgesetzes, ihr Name wurde auch nicht von reformfreundigen und bolschewistisch gestimmten Lehrern auf großen

Tagungen gefunden, sie kam zu uns — wie das Mädchen aus der Fremde —, und ihren Rosenamen verdankt sie vorwichtigem und ledem Kindermund.

Und das kam so. Mit einer Elementarklasse wanderte ich durch den Schulgarten, um die Herrlichkeiten des Frühlings so recht in Augenschein zu nehmen. Dabei gelangten wir auch an die Stelle, wo einige Vorbereitungen zur Anlage eines Sandspielplatzes getroffen waren. Aber selbst der Erwähnung konnte ich über die wahre Sachlage nach im Zweifel sein. Doch was kein Verstand der Verständigen sieht, das ahnet in Einfalt ein kindlich Gemüt. Der Dichter sollte wieder einmal recht behalten; denn schon kam aus dem Kreise der Kleinen die Anfrage: "Herr Lehrer, das wird wohl eine Dreckererschule?"

Seit jener Zeit ist sie gestaut, und so lebt sie im Munde der Kinder fort. Seit jenen Tagen ist sie auch zum pädagogischen Problem geworden, mehr noch als die sogenannte "Alberstunde", die einst nach Aussage eines Leipziger Oberstudiendirektors an einer Schule in Döbeln sollte "offiziell" eingeführt sein. Die christlichen Eltern hatten Ursache, über solche pädagogische Verirrung ernsthaft zu diskutieren und was die Hauptsache ist, sich außerordentlich zu entrüsten. Der ruhige Bürger am Stammtisch zog seine Stirne kraus in Falten. Und wie, die Poststabs, davon sprach, konnte ich eines Abends aus dem Gespräch einiger stark besorgter Mütter im Vorbeigehen erfahren.

Und jenes Strahlenurteil aus dem Volksmunde lag mir noch lange in den Ohren: "Gewiß ein ganz tüchtiger Lehrer, aber daß er mit seinen Kindern drecker, das kann ich ihm nicht vergessen." Seit jenem Abend bin ich eigentlich erst richtig stolz auf unsere Dreckererschule, und ich hab mich innerlich voll zu ihr bekant. Niemand soll sie mir schelten, der sie nicht kennt, der nicht ihre Wunderwirkungen gesehen und beobachtet hat. Was trodene Schulmeisterweisheit hinter dem Vult nicht leisten kann, das vermittelt sie in wenigen Tagen. Wer hat schon einmal gesehen, wie das junge Volk der Elementarschule an den ersten Schultagen in den angrenzenden Schulgarten geführt wurde, um in dieser neuen Welt den anbrechenden Frühling mit all seinen Wundern zu bestaunen? Wer hat schon einmal jenes Jauchens gehört, als der Lehrer den Kleinen Antriepsen auf dem breiten Sandplatz einen kleinen Spaten oder eine Schaufel in die Hand drückte? Welche Tätigkeit, welcher Eifer wird sogleich entfaltet! Alle Schul-



ungezwungen wie daheim, hier öffnet sich der Mund — und das erste und vornehmste Ziel des Elementarunterrichts ist mühelos erreicht. Wer das gesehen und in seiner Klasse erfahren hat, der läßt sie reden die Philister aller Richtungen und Schattierungen, die Spieler mit den vierfach besetzten Hühnerhöfen, die Christen und Nichtchristen, die ernsten und nicht-ernsten Biöselforscher.

Ich lasse mir eine solche Art des Elementarunterrichtes nicht nehmen, und die Frage der Kinder liegt mir immer im Ohr: "Herr Lehrer, wann gehen wir wieder in die Dreckererschule?"



st.

Drei Schwerverletzte bei einem Autounfall

Sagan, 6. Juli.

Heute 4 Uhr ereignete sich kurz vor den Toren der Stadt ein schwerer Autounfall. Ein von einem ländlichen Feist heimkehrendes Auto mit Musikern fuhr in voller Fahrt auf der abschüssigen Straße gegen einen Baum. Fünf von den sieben Insassen wurden verletzt, davon drei schwer. Ein Musiker erlitt einen schweren Schädelbruch und die Frau des Musikdirektors hat schwere Brustquetschungen davongetragen. Auch der Führer und Besitzer des Autos zählt zu den Schwerverletzten. Der Wagen wurde völlig zerstört.

Personenzug zertrümmert Auto

1 Frau getötet, 3 Personen schwer verletzt.

LU Bremerörde, 6. Juli.

Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich am Sonntag an der ungeschützten Eisenbahnüberführung an der Ebersdorfer Landstraße im Ortsteil Glinde. Der Kraftwagen des Schmiedemeisters Schnadenberg aus Elmstedt wurde hier von dem Personenzug Bremerhaven-Wefermünde erfasst und etwa 11 Meter weit mitgeschleift. Der Wagen hat sich mehrmals überschlagen und ist vollständig zertrümmert. Die vier Wageninsassen sind zum Teil schwer verletzt. Im Laufe des Sonntag ist die Frau des Schmiedemeisters Schnadenberg verstorben.

Großfeuer im Bremer Freihafengebiet

Im Bremer Freihafengebiet ereignete sich heute abend kurz nach 7 Uhr ein schweres Brandunglück. In der Holzmehlfabrik Jnszer entzündete sich, vermutlich durch Fehlfahren der Kleinnern Mahlwalzen, das Holzmehl. Infolge der großen Trockenheit des Materials griff das Feuer schnell um sich und führte kurz nach seiner Entstehung zu einer Explosion des Holzmehlstaubes, wodurch das ganze Gebäude zerstört wurde. Ein Arbeiter, der sich durch einen Sprung aus einem Fenster des Obergeschosses zu retten versuchte, stürzte auf ein Glasdach und zog sich schwere Verletzungen zu. Er mußte ins Krankenhaus übergeführt werden. Der Feuerwehr gelang es, nach zweistündiger angestrengter Tätigkeit, das Feuer zu lokalisieren, so daß die Gefahr, daß das Feuer auf benachbarte Fabrikgebäude übergreift, beseitigt war.

Wer sind die Eigentümer der Fahrräder?

Am 27. Juni wurde in den Fris-von-Hark-Anlagen 1 Damenfahrrad, Marke "Ideal" Nr. 17 389, mit schwarzem Rahmen mit dünnen Goldlinien und gelben Felgen mit schwarzen Streifen gefunden. (II 1763.) — Am 19. Juni ist von einem Hausdiener in der Nordstraße, angeblich von einem unbekanntem Wanderburischen ein Fahrrad ohne Marke, Nr. 6554, mit schwarzem Rahmen und gelben Holzfelgen gekauft worden. Das Rad befindet sich in Verwahrung des Kriminalamtes, da es vermutlich gestohlenen Gut ist. Der angegebliche Verkäufer dieses Rades ist etwa 24 Jahre alt, 1,75 Meter groß, von kräftiger Gestalt, hat schwarzes Haar und trug grauen Anzug. (III 1482.)

Advertisement for KRENTNER INDIANER cigars, featuring a large graphic of a hand holding a cigar and the text "Rein Übersee-Zigarre und doch nur 10A".



# Aufmarsch der Fabrikarbeiter

## Treue im Sturm

SPD München, 6. Juli.

Zum zweitenmal während des 43jährigen Bestehens ihres Verbandes sind die freigewerkschaftlichen Fabrikarbeiter in München zu ihrem Verbandstag zusammengetreten. Das erste Mal — 1908 — wies der Verband 137 000 Mitglieder auf, heute sind in ihm 450 000 Arbeiter organisiert. Die Internationale Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände zählt, wie ihr Sekretär, Jonge-Amsterdam, in seinem Begrüßungswort mitteilte, in 15 Ländern 23 Organisationen mit 575 000 Mitgliedern.

Der greise Terenan-London übermittelte die Grüße der Union der englischen Gemeinde- und Staatsarbeiter. Für den ADGB begrüßte der Vorsitzende Peter Graßmann-Berlin in temperamentvoller Ansprache die Haltung des Bundesvorstandes bei der letzten Notverordnung. „Was wir getan haben“, so erklärte er, „geschah nach sorgfältigster Prüfung und in der unumstößlichen Überzeugung, daß es notwendig war, um Schlimmeres von der deutschen Arbeiterschaft fernzuhalten.“

Der Verbandsvorsitzende, Brey-Hannover, verknüpfte seine Berichtserstattung mit einem Vortrag über die Haltung der freien Gewerkschaften zur augenblicklichen Tagespolitik. Seine durch wiederholte Beifallsstundgebungen unterstrichenen Ausführungen waren eine einzige Rechtfertigung der Politik des ADGB und seiner Unterstützung der Sozialdemokratie in ihrem Kampfe mit der sozialen und faschistischen Reaktion. Brey lehnte schärfstens die gewerkschaftsfeindliche Gehartheit der Kommunisten und Nationalsozialisten ab. Die organisierte Arbeiterschaft wehrt sich gegen die italienischen Methoden genau so, wie sie überzeugt ist, daß sich russische Verhältnisse auf Deutschland nicht übertragen lassen. Hätte die Sozialdemokratie nicht notgedrungen ermahnen die Brüning-Regierung toleriert, dann wäre für die Arbeiterklasse nicht nur nichts erreicht gewesen, sondern es wäre eine politische Machtverschiebung gekommen, die den Gewerkschaften alle Möglichkeiten genommen hätte, auch nur das geringste für die Arbeiterschaft zu tun.

Wie leben die Sozialdemokratische Partei gründlich an als die politische Vertreterin der arbeitenden Klasse.

die wir tatkräftig zu unterstützen haben, und darum haben wir ihr in ihrem letzten Wahlkampf finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Die Sozialdemokratische Partei ist es, die alle unsere sozialpolitischen Forderungen nicht nur energisch vertreten, sondern sie auch gemeinsam mit unseren Vertretern und Sachverständigen durchberaten und formuliert hat. Hätten die Kommunisten auch nur ähnlich gehandelt, dann wären auch sie unterstützt worden; sie aber haben alles bekämpft, was von den Gewerkschaften vertreten wurde. Sie propagierten immer das Gegenteil dessen, was die Gewerkschaften wollten. Ihr Kampf galt beinahe ausschließlich den Gewerkschaften.

Zu den politischen Ereignissen der letzten Wochen bemerkte Brey, daß die Entscheidungen selbstverständlich nicht freudig gefällt wurden, sondern aus der Notwendigkeit heraus, daß Schlimmeres zu verhindern war.

Wir alle, so schloß Brey, wünschen den Aufstieg der Arbeiterklasse. Wir leben in der Aktion Hoovers und der Engländer einen Lichtblick. In gewissen Zeiten ist die Hilfe und Kreditgewährung für die Wirtschaft gleichbedeutend mit Arbeitsbeschaffung. Der Aufstieg der Arbeiterklasse ist nicht das Werk von Verzweiflungstaten, sondern einer vernünftigen Entwicklung.

Der wahre Klassenkämpfer ist der, der seiner Organisation die Treue bewahrt und für deren Geschlossenheit kämpft.

Der Vorsitzende des Keramischen Bundes, Grünzel, erörterte die besonderen Wirtschaftsverhältnisse in den Gruppen Grobkeramik, Glas und Feinkeramik, die unter der Krise ganz außerordentlich zu leiden haben. Am härtesten sind die Flögler betroffen, die in Ostpreußen nicht weniger als 90 Prozent Arbeitslose zählen. Grünzel bezeichnete die Zusammenarbeit der Keramischen Gruppen mit dem Hauptverband als ausgezeichnet. Glas- und Porzellanarbeiter fühlen sich wohl im großen Fabrikarbeiterverband. Die Verschmelzung des Keramischen Bundes mit dem Fabrikarbeiterverband war angelehnt der fortschreitenden Konzentration des Kapitals wie der Unternehmerrschaft dringend notwendig.

Ueber die Vermögensverhältnisse und das Organisationsleben des Verbandes gab der Hauptkassierer Rößler interessante Aufschlüsse. Drei bewegte und recht unterschiedliche Berichtsjahre liegen hinter uns. Im Jahre 1928 vermehrte sich das Verbandsvermögen um 3 Millionen Mark, 1929 um 5 Millionen Mark, während 1930 eine geringe Abnahme um 230 000 Mark zu verzeichnen war. Ende des Jahres 1930 wies der Verband ein Vermögen von 14 200 000 Mark aus. Die Beitragseinnahmen gingen infolge der Arbeitslosigkeit naturgemäß stark zurück, trotzdem können sie auch heute noch als befriedigend betrachtet werden. Die Mitgliederzahl betrug zu Jahres-

beginn 441 427, doch ist sie seit Einsetzen der Krise um rund 10 Prozent gesunken, eine Ziffer, die noch durchaus als günstig angesehen werden muß. Sehr respektabel sind die Unterstützungsleistungen des Verbandes.

Seit Stabilisierung der Währung wurden 29 Millionen Mark an Unterstüßungen, hauptsächlich für arbeitslose und kranke Mitglieder ausgegeben.

Mit gutem Recht stellte Rößler fest, daß allein das Bestehen des Verbandes auch wesentlich dazu beigetragen habe, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu mildern. Heute ist äußerste Sparlichkeit notwendig. Der Verband darf sich durch die Krise nicht finanziell erschöpfen, denn nach der Krise gilt es, den Mitgliedern wieder das zurückzuerstehen, was man heute opfern und nachgeben muß.

Mit stolzer Genugtuung konstatierte Rößler am Schluß seines Berichtes, daß alle Bestrebungen der Kommunisten, Faschisten und Unternehmer, den Verband in der Krise schwach zu machen, erfolglos blieben und bleiben.

## Holzarbeiter und Gewerkschaftskongress

Delegiertenstichwahl am 10. Juli

Wie unsere Mitglieder aus der Holzarbeiter-Zeitung Nr. 28 vom 27. Juni 1931 erfahren haben, hat bei der Wahl eines Dele-

## Vorläufig Ruhe in München

Hitler klagt — der Stahlhelm-Oberst droht

SPD München, 6. Juli.

Seit Montag sind vor dem Hitler-Palais die Verhältnisse wieder normal. Der Verkehr ist zwar noch etwas lebhafter als sonst, doch scheint Hitler die Demonstrationen seiner jugendlichen Rowdys, die seit fünf Tagen die Banneise der Stadt in Unruhe gehalten haben, abgeköpft zu haben. Die uniformierten Kisten sind verschwunden, dafür patrouilliert auf den Gehsteigen da und dort ein polizeilicher Doppelposten. In einem

Aufruf Hitlers,

den er in seinem Organ veröffentlicht, wird mitgeteilt, daß zur Feststellung der Rechtmäßigkeit der polizeilichen Maßnahmen, insbesondere des Postensiehens auf parteieigenem Grund, eine gerichtliche Entscheidung grundsätzlicher Art herbeigeführt werden soll. Zu diesem Zweck hat sich Hitler von dem nationalsozialistischen Göttinger Rechtsanwalt Lütgeburne, der 1924 im Hitlerputschprozess Lubendorff verteidigte, ein Gutachten anfertigen lassen. Lütgeburne ist so rasch im Braunen Haus in München eingetroffen, daß er zum Teil noch Zeuge der polizeilichen Aktion gewesen ist.

Einen heiteren Beigeschmack hat die Anzeige von SA-Führern, die bei der Säuberungsaktion am Sonnabend verhaftet und für einige Stunden im Polizeipräsidium festgehalten worden sind. Diese haben gegen den Polizeipräsidenten Strafanzeige wegen „Freiheitsberaubung“ gestellt. Präsident Koch scheint sich aber nicht einschüchtern zu lassen, denn er hat neuerdings zwei Versammlungen Hitlers verboten, die am Mittwoch im Circus Krone und in einem Bierkeller stattfinden sollten. Einigen Eindruck scheint es auf die Hakenkreuztruppe auch gemacht zu haben, daß einer von den am Sonnabend verhafteten Rowdys, von dem Schnellrichter bereits mit sechs Monaten Gefängnis bestraft worden ist.

Am der Universität,

die am Montagvormittag wieder geöffnet wurde, scheint zunächst ebenfalls Beruhigung eingetreten zu sein. Der Zutritt zur Universität ist nur durch den Haupteingang in der Ludwigstraße gestattet und nur solchen Studenten und Hörern, die sich mit Karten ausweisen können. Innerhalb des Gebäudes ist ein Ordnungsdienst tätig, dem 30 Studenten und einige Universitätsbeamte angehören. Das Rektorat hat allerdings mit diesem Ordnungsdienst den Bot zum Wärtner gemacht, denn er besteht im wesentlichen aus Nazistudenten und gerade aus jenen, die bei dem Skandal am Dienstag sich als die ärgsten Schreier hervorgetan haben. Selbst der berühmte Führer des Nazistudentenbundes Reese tritt nun als Ordnungsmann mit einer gelben Armbinde auf. Die Vorlesungen des Professors Kawiatky verliefen am Montag ungestört. Gegen ihn richtet sich neuerdings eine Interpellation der Fakultätsfunktionäre des Landtags, die auch von den Deutschnationalen mit unterschrieben ist.

Einen üblen Expreßertrieb

hat sich der Führer des bayerischen Stahlhelms, der berüchtigte Nationalsozialist Oberst a. D. Lenz geleistet. Die angebliche Tatsache, daß zwei Stahlhelmer in Jübi mit dem Bundesabzeichen von der Polizei gefaßt wurden, gab ihm Veranlassung zu einem Brief an den Innenminister. Darin fordert er die sofortige Aufhebung der gegen das Hitler-Rowdytum gerichteten polizeilichen Maßnahmen. Die Ehre des Stahl-

helms verlange die Abänderung des Uniformverbots. Er folge sie nicht, dann werde er — der Großenkonrad der Republik — in der Stahlhelmszeitung und in anderen ihm zugänglichen Organen der reichsdeutschen Presse seine Kameraden aus dem ganzen Reich vor dem Betreten Münchens warnen. Der Innenminister hat diese verluste Expreßung damit beantwortet, daß er den Brief des Stahlhelmers der Öffentlichkeit übergab und „mit Rücksicht auf die unerhörte Drohung jede weitere Antwort an den Herrn Oberst ablehnte“.

Zur Erleichterung für kranke und arbeitslose Mitglieder wird außerdem am gleichen Tage im Büro eine Wahlurne aufgestellt. Wahlberechtigt ist jedes Mitglied, welches nicht mehr als 4 Beiträge restiert, mindestens 10 Wochen dem Verband angehört und 10 Beiträge geleistet hat. Vierzehn- und Jugendlichen unter 18 Jahren sind nur wahlberechtigt, wenn sie mindestens 2 Jahre dem Verband angehören. Arbeitslose und kranke Mitglieder müssen vorher ihre Verbandsbücher im Büro abholen, da die Verbandsbücher bei der Wahl vorgelegt werden müssen. Diejenigen Mitglieder, die im Büro ihre Stimme abgeben, können das Mitgliedsbuch unmittelbar vor der Wahl in Empfang nehmen und sofort wieder abgeben.

Ohne Mitgliedsbuch wird niemand zur Wahl zugelassen. Mitglieder, erscheint zeitlos zur Wahl, denn jedes Mitglied ist verpflichtet, seine Stimme abzugeben.

Der Stimmzettel darf nur einen Namen von den beiden zur Wahl stehenden Kandidaten, enthalten. Anders lautende Stimmzettel sind ungültig.

Ortsverammlung Leipzig des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

## Kundentprogramm

Leipzig—Dresden

- 6.30 Uhr: Junggymnastik. Anschließend bis 8.15 Uhr: Frühkonzert (Schallplatten).
- 10.00 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 10.05 Uhr: Wetterbericht, Verkehrsfunk und Tagesprogramm.
- 10.10 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 10.30 Uhr: Dienst der Hausfrau.
- 12.00 Uhr: Schallplattenkonzert.
- 13.00 Uhr: Wettervorhersage, Preise- und Börsenbericht.
- Anschließend: Duelle (Schallplatten.)
- 14.00 Uhr: Erwerbslosenfunk für Metallarbeiter. Die Bearbeitung eines geschlossenen Schließens mit einer geschlossenen Schraube und einem Gewindestift. Meister Hugo Weitz und Ingenieur Hugo Götzsch von der S. Berufsschule in Leipzig.
- 14.30 Uhr: Jugendfunk: „Schauausflug mit Wenteuern.“
- 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 16.00 Uhr: Heiteres und Entzies aus den Zeitungsanzeigen einer deutschen Mitteilungsstelle. Professor Dr. Alfred Doermann. Ernst.
- 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert. Das Erwerbslosenorchester Jüdau. Dirigent: Johannes Engelmann.
- 17.00—17.35 Uhr: Wettervorhersage und Zeitlangabe.
- 17.35 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Letzte Notierungen.
- 18.00 Uhr: Die physikalische Eignungsprüfung. Dr. Curt Fiedler und Fritz Schumann, Leipzig.
- 18.30 Uhr: Straßenfunk: Italienisch.
- 18.35 Uhr: Wie geben Kunst!.
- 19.00 Uhr: Aus Operetten von Bruno Granichschock. Das Leipziger Kundentprogramm. Dirigent: Hilmar Weber. Solisten: Jan. Klebel, Berlin (Soprano), Heinz Bitt-Tanner vom Landestheater in Altenburg (Tenor).
- 21.00 Uhr: Vom Tage.
- 21.10 Uhr: 3 Grotesken.
- 22.00 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend bis 23.30 Uhr: Tanzmusik.

## Deutsche Werke

- 6.45 Uhr: Uebertragung Hamburg: Zeitlangabe und Wetterbericht (Landwirtschaftl.).
- 6.50 Uhr: Uebertragung Berlin: Junggymnastik. Anschließend Frühkonzert.
- 10.35 Uhr: Neue Nachrichten. Anschließend: Schallplattenkonzert: „Sonnen.“
- 12.35 Uhr: Neuerer Zeitschau.
- 13.30 Uhr: Neue Nachrichten (Uebertragung Berlin).
- 14.00—15.00 Uhr: Schallplattenkonzert. (Uebertragung Berlin.)
- 15.00—15.35 Uhr: Kinderstunde. Tanzkürchen für Kinder.
- 15.35—15.45 Uhr: Weltes- und Börsenberichte.
- 15.45—16.00 Uhr: Frauenstunde. Zweckmäßige Verwendung von Gartenstrüchen.
- 16.00—17.00 Uhr: Uebertragung des Nachmittagskonzertes Hamburg.
- 17.00—17.35 Uhr: Wöchentliches Funk. Aus dem Kultusministerium. „Das Recht des Lehrers.“ Min.-Rat Brand.
- 17.35—17.55 Uhr: Das Melodram (V).
- 18.00—18.25 Uhr: Der bismarckgeburtliche Wald.
- 18.30—18.55 Uhr: Rückblick auf die verfloßene Theaterwoche in Berlin und in der Provinz.
- 19.00—19.25 Uhr: Stunde des Beamten. Die neue Reichsdienerkassenordnung. Min.-Rat Dohse.
- 19.25—19.50 Uhr: Die Welt des Arbeiters. Der Kulturkreis des Arbeiters. Organisation als kultureller Faktor im Arbeiterleben.

## Geschichte einer Volksherrschaft:

# MASANIELLO

Nach zeitgenössischen Quellen erzählt von HANS OTTO HENEL

Copyright by Fackelreiterverlag, Hamburg-Bergedorf 1931

9] Auf dem Markte hatte man ein großes Schafott errichtet und mit allen den Werkzeugen ausgerüstet, die üblich waren, um Menschen zum Tode zu bringen. Dort sprach Masaniello Recht. Als aber auch dort mehrere Anschläge auf ihn versucht wurden, ward er misstrauischer. Sein Argwohn bestimmte ihn, die Audiencen fast nur noch vom Fenster seines Hauses aus zu halten. Man reichte ihm Bittschriften und Eingaben an einer langen Stange hinaus, wobei er eine gespannte Armbrust in der Rechten hielt, bereit, auf jeden Verdächtigen zu schießen. Auch standen immer gegen tausend Bewaffnete in der Umgebung seines Hauses, und eine große Zahl von Laufnern war stets bereit, Alarmierungsbefehle in alle Stadtteile zu tragen.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß die andauernde Unsicherheit, in der Masaniello sich mit dem engeren Kreis der Volksführung fortwährend befand, in ihm einen Hang zur Grausamkeit nährte. Zuletzt lehte er auf fast alle Vergehen die Todesstrafe. Das Volk, ja selbst die nächsten seiner Freunde, sahen das mit Bangen, während diejenigen seiner Gegner, die in Sicherheit waren, darüber frohlockten und durch heimlich ausgeführte Verleumdungen das Mißvergnügen zu nähren suchten.

Da fast alle Männer am Tage unter den Waffen waren und nur die Abend- und Nachtstunden zur Erledigung ihrer Handwerksgeschäfte benutzten, wurde eine Wachordnung eingeführt, nach der nachts vor jedem Hause eine Wache von vier Mann stehen mußte. Sie erhielten täglich einen Carolin Löhnung, sowie zwei Maß Wein und zwanzig Unzen Brotes als Verpflegung. Infolge dieser klugen Maßnahmen fanden nämlich dreihundert Mann unter Gewehr, um die Arbeit und die Nachtruhe zu schützen.

Um Wacherern und betrügerischen Kaufleuten ein abschreckendes Beispiel zu geben, wurde ein Bäcker, der das Brot um einige Unzen zu leicht gebacken hatte, in seinem eigenen Backofen lebendig

verbrannt. Das Volk war mit dem Erfolg dieses Exempels zufrieden. Weniger gern wurde ein anderer Befehl angenommen, wenn er auch unbedingt ausgeführt wurde. Man hatte nämlich einige Männer ergriffen, die als Frauen verkleidet Waffen unter den Röcken trugen. Nun wurde angeordnet, daß sich sämtliche Männer den Kopf zu scheren hätten, damit man sie ohne weiteres von den Frauen unterscheiden könne.

Vornehmlich aber trat Masaniello dem Adel und der Geistlichkeit mit unerbittlicher Strenge entgegen. Wenn sie oft in Grausamkeit einfiel, muß man auf jeden Fall die Schuld den Betroffenen zuschieben. Sie hatten das Volk zur Verzweiflung getrieben und ruhten jetzt, wo sich das Volk einigermaßen berechtigt hatte, nicht, die junge Freiheit wieder zu stützen. Masaniello zwang die Nobilität, an den Türen ihrer Paläste neben dem Wappen des Königs von Spanien das Volkswappen von Neapel zu führen. Den Aristokraten, die aus Beforgnis in Mönchsklöstern, und den Damen, die in Nonnenklöstern Unterschlupf gefunden hatten, wurde befohlen, in ihre Häuser zurückzuführen. Sie gehörten. Priester und Mönche, die im Ruhe standen, ihr geistliches Amt zur Führung von Weibern des Volkes mißbraucht zu haben, wurden umgebracht. Sehr streng, zum Teil auch ungerecht verfuhr Masaniello gegen die Diener des Dom Guiseppe Caraffa und des Herzogs von Maddaloni, so weit sie noch in der Stadt waren. Einige wurden gefangengeführt, die meisten hingerichtet, nachdem man sie erst gefoltert hatte, um zu erfahren, wo der Herzog und das Versteck seiner Schätze und Möbel, die aus dem Palaste verschwunden waren, sei. Einer verriet denn auch, daß die Wertgegenstände in verschiedenen Klöstern, die er namhaft machte, verborgen seien. Masaniello befahl den in Frage kommenden Mönchen, diese Güter sofort auf die Straße zu werfen, wenn sie ihre Klöster nicht in Flammen aufgehen sehen wollten. Die Mönche gehorchten augenblicklich. Die Sachen wurden vor dem Schafott zusammengetragen, ohne daß die damit Beauftragten auch nur eine Kleinigkeit an sich genommen hätten, und verbrannt. Auch wurde der Palast des Herzogs angezündet und ein ihm gehörendes Schiff niedergebrannt. Da es trotz aller Bemühungen nicht gelang, ihn zu fangen, nahm man sein Bild und hing es unter dem Kopfe seines getöteten Bruders auf mit der Unterschrift:

Das ist der Herzog von Maddaloni  
Rebell gegen sein Vaterland  
Verräter eines königstreuen Volkes.

Obwohl sich Masaniello gegen den Bischof selbst höflich und ergeben, ja sogar hilfsbereit zeigte, zwangen ihn die Verhältnisse, vor allem die Feindschaft des Adels und die politische Unreife des Volkes, immer selbstherrlicher aufzutreten. Der Herzog von Arcos, penelnd zwischen Furcht und Hoffnung auf einen baldigen Umschwung der Dinge, ließ ihn unwiderprochen gewähren, ja er ermunterte ihn sogar zu Ueberheblichkeiten, von denen er voraussetzte, daß sie der Sache des Volkes Schaden bringen würden. So waren im Hafen zehn genuesische Galeeren angekommen. Gianettino, Doria, der sie befehligte, hatte einen Boten an den Bischof geschickt mit der Bitte, an Land gehen zu dürfen, da keine Mannschaft an verschiedenen Dingen Mangel selbe, die er in Neapel einkaufen gedachte. Der Herzog von Arcos ließ ihm antworten, daß die Erteilung dieser Erlaubnis bei Masaniello lag und verweigerte ihn an den. Der adelstolze Genuese gaberte zwar erst, sich an den Volksmann zu wenden, mußte sich aber schließlich doch fügen. Masaniello machte zur Bedingung, daß sich die Galeeren in einer bestimmten Entfernung vom Lande hielten und daß keiner von der Mannschaft den Boden Neapels betrete. Im übrigen ließ er dem Doria alles Gewünschte auf die Schiffe bringen.

Am 13. Juli, dem zur öffentlichen Verteilung des aufgegebenen Traktats feierlichsten Tage, begaben sich der Bischof und Masaniello mit Gefolge und unter Zulauf einer gewaltigen Menschenmenge nach der Kirche San Gennaro, wo neben anderen kirchlichen Zeremonien ein feierliches Tebeum gehalten wurde. Masaniello hielt von Anfang bis zu Ende der feierlichen Veranstaltung den bloßen Degen in der Faust. Eine Stunde vor Beginn der Feierlichkeiten hatte er heimlich einen Vertrauten an den Herzog von Arcos geschickt, der als persönliche Forderung Masaniellos verlangte: für die Zukunft Bestätigung in der Würde eines Generals, eigene Leibwache und das Recht, nach seinem Gutdünken Offiziere der Armee zu ernennen. Es war ein schwerer Fehler Masaniellos, dem Volke von diesen vorbestellten Bedingungen nichts mitzuteilen. So mußte es ihre Erfüllung im Rahmen der Feierlichkeit für spontan und freiwillig halten, während der Adel, der unterrichtet war, Schlußfolgerungen auf ein mangelhaftes Vertrauensverhältnis zwischen Volk und Führung zog und in seinem Sinne ausnutzte. Sicherlich war dieser Fehler Masaniellos die unmittelbare Ursache zu seinem Sturze.

(Fortsetzung folgt.)







# Nazitreiben auf der Universität

## Fatenloses Zusehen des Rektors - Die Kirche mit ihrem guten Wagen - Reorganisation der Sächsischen Landesbühne

In der Sitzung des Landtages am Montag erfolgten zunächst die in der letzten Sitzung ausgefertigten Abstimmungen über den Polizeietat und die dazu vorliegenden Anträge.

Die verschiedenen Anträge, die eine Untersuchung bezüglich der Vorgänge in Chemnitz, Limbach, Klingenthal und Wittweida fordern, wurden mit großer Mehrheit angenommen. Abgelehnt wurden die Anträge auf Abschaffung der Leib-, Pistolen-, Trage- und Schulterrücken, ebenso wurde abgelehnt der Antrag Liebmann auf Abschaffung des Seitengewehrs als allgemeine Dienstwaffe, soweit nicht mit Karabinern ausgerüstet wird. Im Laufe der weiteren Sitzung wurden angenommen die Anträge auf schnellste Durchführung des Beschlusses des alten Landtages auf Auflösung der politischen Polizei, weiter ein Antrag um Ausunterscheidung darüber, was für Gründe die Nichtdurchführung der im Sommer 1929 vom Landtage gefassten Beschlüsse veranlassen haben. Endlich sei noch erwähnt ein Entschließungsantrag, wonach für den Fall, daß für die Reichswehr und die Schutzpolizei in Preußen die in der Rotverordnung vom 15. Juni 1931 verfügte Gehaltskürzung für die Mannschaft und Offiziere bis zum Hauptmann nicht durchgeführt wird, die gleiche Regelung auch für die sächsische Polizei zu treffen ist.

Der Landtag schied darauf seine Beratung des Haushaltsplanes fort. Bei Kapitel 62:

**Staatsleistungen für die evangelisch-lutherische Landeskirche** beantragt der Haushaltsausschuß A, die Beihilfe an das Landeskonfistorium von 1.335.000 Mark auf 350.000 Mark herabzusetzen und im übrigen alle Einkstellungen abzuschneiden. Ferner empfiehlt der Ausschuß die Abrechnung der im außerordentlichen Etat eingeleiteten 500.000 Mark.

Andere hiermit in Zusammenhang stehende Ausschüßanträge wollen die Regierung beauftragen, bei der Reichsregierung auf Durchführung einer endgültigen Trennung von Staat und Kirche und auf Einstellung der Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln an die Religionsgesellschaften hinzuwirken.

Zu Kapitel 63: **Katholisch-geistliche Behörden**, beantragt der Ausschuß gleichfalls die Abrechnung der Einkstellungen.

Abg. Claus (Staatsp.) wendet sich gegen die vom Bericht erstatter, dem Deutschnationalen Siegert, beauftragte Kirchenvorlage und gegen die darin vorgesehenen hohen Staatsleistungen an die Kirche, zu denen der Staat nicht verpflichtet sei.

Der Volkspartei-Präsident hat einen Antrag eingebracht, die Einkstellungen nach der Vorlage zu genehmigen.

Genosse Neu weist nach, daß der Gesamtverband der evangelischen Kirchen in Preußen im Verhältnis zu der Zahl der angehörigen Kirchenmitglieder der beiden Länder viel weniger erhalte, als die evangelische Kirche in Sachsen nach dem Kirchenvertrag und nach den Statutenstellungen erhalten soll.

Auf 4 Millionen Evangelische in Sachsen - nach Zählung der Kirche - kommen in Sachsen 2,5 Millionen Mark, während Preußen bei 25 Millionen Evangelischen noch nicht das Doppelte, also noch nicht 5 Millionen Mark, bewilligt habe. Die Kirche dürfe sich bei ihrer offensichtlichen Wendung zu massenhaftem nicht wundern, daß die weltlich eingestellten Kreise der Kirche keinen Pfennig mehr bewilligen wollen, als sie nach der Rechtslage zu beanspruchen habe.

Unser Redner führt im einzelnen den Nachweis, daß die Einkstellungen im Haushalt dieser Rechtslage nicht entsprechen. Die Kirche erhalte viel zu viel. In einer Zeit der Notlage, die überall zur Einschränkung der Ausgaben zwingt, dürfen der Kirche keine finanziellen Geschenke gemacht werden. Die SPD. werde deshalb den Ausschüßanträge, die auf Abrechnung der Zuwendungen an die Kirche gehen, zustimmen (Beifall bei den Gen.).

Ministerialdirektor Dr. Woelker bemerkte, die Kirche habe mit der Vorlage nur das getan, wozu sie sich nach der Rechtslage und nach den ergangenen Schiedsprüchen verpflichtet gefühlt habe.

Die Abstimmungen - ebenso bei den folgenden Tagesordnungspunkten - werden in einer späteren Sitzung vorgenommen.

### Die neue „Sächsische Landesbühne“

Bei Kapitel 32, Kunztweck, beantragt der Haushaltsausschuß den Betrag an den Akademischen Untersuchungsstift von 5000 auf 15.000 Mark und die Einkstellungen für Erwerbung von Maler- und Bildhauerarbeiten von 91.000 Mark um 50.000 Mark zu erhöhen. Die Einkstellung in Lit. 8 gemeinnützige Theaterpflege, soll von 54.000 Mark auf 145.000 Mark erhöht werden. Dieser Betrag

soll wie folgt gegliedert werden: 1. Besucherorganisationen - Volkstheater und Bühnenvolksbund - 20.000 Mark, Unterstützung für in besondere finanzielle Not geratene städtische Provinztheater 20.000 Mark, Sächsische Landesbühne 55.000 Mark, Gesellschaftsbeitrag des Staates zu der neu zu gründenden G.m.b.H. Sächsische Landesbühne, 50.000 Mark.

Weiter liegt ein Ausschüßbeschuß vor, wonach Besucherorganisationen, deren Kulturpolitik dem Empfinden des deutschen Volkes ins Gesicht schlägt und eindeutig nationale, pazifistische und kulturvolkswirtschaftliche Tendenzen zeigt, aus öffentlichen Mitteln nicht mehr zu unterstützen sind.

Minister Richter: Der Zweckverband Sächsische Landesbühne hat keine Liquidation beschlossen und ist in der Auflösung begriffen. Es ist beabsichtigt, an Stelle des bisherigen Zweckverbandes Sächsische Landesbühne ein neues Unternehmen, nämlich eine G.m.b.H. zu gründen, die den Theaterbetrieb fortführen soll. Als Gesellschafter der G.m.b.H. sind in Aussicht genommen: die bisherigen Mitglieder des Zweckverbandes und möglichst noch weitere Gemeinden, die von der Landesbühne bespielt sein wollen, und Besucherorganisationen. Als wünschenswertes Ziel ist zu verfolgen, daß in den Aktionsradius der G.m.b.H. Sächsische Landesbühne eine möglichst große Zahl der mittleren und kleineren Städte aufgenommen und damit die Lebensfähigkeit des Unternehmens sichergestellt wird.

Nur unter der Voraussetzung, daß es gelingt, ein Unternehmen zustande zu bringen, das ein größeres Betätigungsfeld als die bisherige Landesbühne haben würde, und dessen Lebensfähigkeit gewährleistet erscheint, wird der Staat sich beteiligen und die vom Ausschüß beschlossene Hilfe leisten können.

Wer künftig die künstlerische und geschäftliche Leitung der geplanten G. m. b. H. Sächsische Landesbühne in Händen haben wird, steht naturgemäß noch nicht fest.

Genosse Güttler betont, daß die Kulturarbeit der Volkstheaterbewegung, auf gemeinnütziger Grundlage beruhend, frei von jeden parteipolitischen Tendenzen, ein gewaltiger seelischer Faktor im Volksleben ist, denn erst durch sie werde den Minderbemittelten der Theaterbesuch überhaupt ermöglicht. Weil die Mitgliederbeiträge erschwierlich sein müssen, deshalb sind solche Staatszuschüsse notwendig. Was die Frage der Erhaltung der Sächsischen Landesbühne anbelangt, so haben wir uns immer dafür eingesetzt, daß die Landesbühne als Wandertheater erhalten bleibt, da wir ihre künstlerische Leistung anerkennen. Wir fordern auch engste Zusammenarbeit der Landesbühne mit den Besucherorganisationen. Schließlich sei noch unser Redner noch für den Ausschüßantrag auf Beauftragung der städtischen Provinztheater ein, der übrigens auf einen Antrag der SPD zurückgeht.

Dann wendet sich das Haus der Beratung von Kapitel 64 zu: **Universität Leipzig.**

Genosse Liebmann erstattet den Ausschüßbericht. Nach dem Ausschüßantrag wird die Einsetzung von 3000 Mark für Studienbeihilfen, im besonderen zur Unterstützung der sogenannten Werkstudenten, verlangt. Das Vorkursrecht soll zum Prüfungsfach bestimmt werden. Diejenigen Volkstheaterstudenten, die sich dem Studium für den Volkshochschul- oder den Berufshochschulberuf widmen, sollen in bezug auf die Aufnahme in die Studentenliste dieselben Rechte genießen wie die Studenten der anderen Fakultäten. Damit soll auch dafür Sorge getragen werden, daß diese Studenten nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten bevorzugt werden. Das Rektorat soll angewiesen werden, den Betrag für die Studentenzeitung, die wiederholt zu einseitiger Nazi-propaganda benutzt worden ist, solange zu sperren, bis Sicherheit geschaffen ist, daß die Zeitung nicht für parteipolitische Bestrebungen benutzt wird. Die Verteilung von Handzetteln mit Versammlungsankündigungen auf den Stufen zum Eingang der Universität soll genehmigt werden. Endlich wird Durchführung des Landtagsbeschlusses vom 11. Juli 1929 auf Errichtung eines Lehrstuhles für soziale Medizin, Gewerkerkrankheiten und Unfallkunde verlangt.

Abg. Liebmann (D. Wp.) berichtet über Kap. 66: Technische Hochschule zu Dresden. Hierzu liegt ein Minderheitsantrag Liebmann vor, die Fortschule Tharandt aufzulösen.

Ein Minderheitsantrag. Liebmann fordert Beiseitigung des Kirchenrechts als besonderes Prüfungsfach, Errichtung eines ordentlichen Lehrstuhles für Sozialpädagogik und eines solchen für marxistische Gesellschaftswissenschaft. Weiter wird der Wegfall von fünf Professoren der theologischen Fakultät gefordert.

Abg. Renner (Komm.) lehnt grundsätzlich die Mittel für die Hochschulen ab, weil sie Brutstätten der schwärzesten Reaktion seien, und spricht sich - beziehungsweise - gegen die Minderheitsanträge Liebmanns aus.

Genosse Liebmann wendet sich zunächst gegen die unsoziale Einstellung des Professorenkollegiums und auch der Regierung, daß nur die überbehaltenen der minderbemittelten Schichten zum Studium zugelassen sind. Zum Antrage auf Errichtung eines Lehrstuhles für marxistische Gesellschaftswissenschaft betont Liebmann, daß die gesamte Welt vom Sozialismus spricht. Um so fa den sei iniger seien die Einwände der Regierung, wonach es genügt, daß vor einigen Jahren ein Soziologe berufen worden ist, der die Frage des Sozialismus mit behandeln sollte.

Nach ihren Erfolgen bei den letzten Wahlen machen die Nationalsozialisten die Universität zum Tummelplatz ihrer Weibschäften. Sie tun so, als wenn sie die Herren der Situation wären, und die Leitung der Universität läßt jede Energie gegenüber diesen Herrschaften vermissen.

An Beispielen zeigt unser Redner, daß die Nazis dem Rektorat auf der Nase herumtanzen. Wenn die Herren Professoren nicht Freunde der Nazis wären, konnten sich diese solche Dinge nicht erlauben. Dabei ist zu bedenken, daß jeder Student dem Staate durchschnittlich 1700 Mark kostet. Ganz im Gegensatz hierzu wird der sozialistische Studentenschaft gegenüber verfahren. So wurde die bereits erteilte Beilegung der Wahl eines Studenten zum Leiter des sozial. Amtes, nachdem es sich herausgestellt hatte, daß der Gewählte Sozialdemokrat ist, wieder zurückgezogen. Zahlreich hat die sozialistische Studentenschaft um ihre Anerkennung kämpfen müssen. Das Rektorat steht fortgesetzt unter dem Druck der Nazis, was auch die Hinauswahl des Vertreters der sozialistischen Studentenschaft aus dem Amt-Ausschuß beweist.

Ministerpräsident Schick: Die Regierung hat in ihren Anordnungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß eine parteipolitische Betätigung und Propaganda in den Hochschulen nicht geduldet werden kann. Das Tragen irgendwelcher Parteiformen in der Universität ist nicht angehängt. Das Hitlerbild hat einige Tage in dem Aktzimmer gehängt, ist dann aber entfernt worden. Bei der Rundgebung durch die nationalsozialistische Studentengruppe am Gefallenendenkmal ist dem Verbot parteipolitischer Betätigung zuwidergehandelt worden. Dabei ist auch ein dreifaches Hoch auf Hitler ausgedrückt worden. Das Rektorat konnte damit nach den vorangegangenen Beschlüssen des Verbandes der nationalsozialistischen Studentengruppe nicht rechnen. Der Vorgang wird von der Regierung bedauert, ebenso von der Universitätsleitung, und ist nicht zu billigen. Gegen den verantwortlichen Gruppenführer ist das Disziplinarverfahren eröffnet worden, ebenso sind Vorkehrungen getroffen, daß sich solche Vorkommnisse nicht wiederholen können.

Die Errichtung weltanschaulicher Lehrstühle müsse grundsätzlich abgelehnt werden.

Am 22 Uhr dauerten die Verhandlungen noch an. - Nächste Sitzung Dienstag, 11 Uhr.

### Um den Lohn in Nordwest

Geschlossene Gewerkschaftsfront gegen Lohnabbau. In der Eisenindustrie Nordwest haben die Metallarbeiterverbände in einer Vorberatung für die kommenden Tarifverhandlungen sich dahin geeinigt, in der Lohnfrage jede Verschlechterung des Tarifs abzulehnen und in der Arbeitszeitfrage die Forderung auf Einführung der 48-Stunden-Woche (Beiseitigung der Sonntagsarbeit usw.) zu erheben. Unabhängig davon geht die Bewegung zur Einführung der 40-Stunden-Woche. Am Dienstag werden Verhandlungen der Regierung mit den Spitzenverbänden weitergeführt.

### Versammlungskalender

Dienstag, 7. Juli.  
Bund sog. Freiberger, Ortsgruppe Wiederrich, Turnerheim, 20 Uhr.  
Deutscher Freibergerverband, Ortsgruppe Paunsdorf-Stütz (Funktionäre), GutsMuth, 20 Uhr.  
Mittwoch, 8. Juli.  
Bund sog. Freiberger, Ortsgruppe Leipzig-Süd (Funktionäre), Stadt Borna, 20 Uhr.  
Deutscher Freiberger-Verband, Ortsgruppe Klein-Schöcher (Funktionäre), Restaurant Auenhölzchen, 20 Uhr.  
Dachdecker, Volkshaus, 19.30 Uhr.

**Gewerkschaftliche Anzeigen**  
Ortsausschuß des A. D. G. B. Leipzig  
Volkshaus, Seiler Straße 32, Fernruf 340 21

### „Im Westen nichts Neues“

Karten zu der Sonderausführung für Erwerbslose vom 13. Juli bis 15. Juli, täglich 15.30 Uhr, sind im Volkshaus, Zimmer 108, zu haben. Kultur-Abteilung des A. D. G. B.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Leipzig  
Tel. 34011, 34021 u. 37741. Geschäftszeit vorm. Leipzig von 9-12 Uhr, nachmittags 1/25-1/27 Uhr, Sonntags abends vormittags 9-12 Uhr.

### Ordnentliche Vertreter-Versammlung

Donnerstag, 9. Juli, 19.30 Uhr, im Volkshaus  
Tagesordnung:

1. Bericht der Ortsverwaltung. 2. Stellungnahme zum Gewerkschaftskongreß und Aufstellung von Kandidaten. Zutritt nur gegen Verbands- und Beirelerausweis. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Leipzig  
Bürozeit: Vorm. von 9-13 Uhr, nachm. von 16-18 Uhr, vor Sonn- und Feiertagen von 9-2 Uhr.

### Gruppenversammlungen:

Dachdecker Mittwoch, den 8. Juli 1931, abds. 19.30 Uhr, im Volkshaus. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Maurer Donnerstag, den 9. Juli 1931, abends 19 Uhr, im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Vortrag über Religion und Sozialismus. 2. Gewerkschaftliches. Zahlreichen Besuch erwarten Die Zeitungen.

**Nestler, Eisenbahnstraße 99**  
an der Elisabethstraße  
**Linoleum - Spottbillig**  
**Teppiche, Läufer**  
**Wachstuche - Spottbillig**

Allen Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern zur Anschaffung empfohlen:

# Protokoll

vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 31. Mai bis 5. Juni 1931 im Volkshaus Leipzig

Alle Filialen und sämtliche Austräger der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen  
Anschaffungspreis: Geheftet ... 2.85 Ganzleinen ... 3.90

**Leipziger Buchdruckerei AG, Leipzig C1**  
Abteilung Buchhandlung / Tauchaer Straße 19/21

**Frauenarzt Dr. Otto Plaut**  
vorrollt vom 7. Juli bis 2. August  
Vortröter: Frauenarzt Dr. Stein, Menckestraße 51 a.

**Nervenarzt Dr. med. Deckert**  
Klostergasse 2-4  
von der Reise zurück.

**Rechtsbüro**  
Dr. jur. (Verichtssessor a. D.) Beratung, Gesuche u. Prozeßführung in allen Rechts- u. Steuerfachen. Gottschiedstraße 3. I. Sprechstunde: 2-1/4 Uhr. - Tel. 18356.

Für die Beweise der Anteilnahme und für alle Zeichen treuen Gedenkens beim Heimgange meines geliebten Mannes und teuren Vaters  
**Otto Schewitzer**  
danken von Herzen  
Marie Schewitzer und Sohn

### FAMILIEN-NACHRICHTEN

Unfere teuerste  
**MICAELA**  
verschied plötzlich und unerwartet  
Leipzig N24, den 6. Juli 1931  
Lindenallee 17  
Oswald Bauer und Frau Hildegard geb. Tunger  
Bestattung Mittwoch, den 8. Juli, vormittags 11 Uhr, Südfriedhof. Zugedachte Blumenpenden bitten in der Beerdigungsanstalt von Otto Standhardt, Stettiner Straße 82, abzugeben

**Dank**  
allen denen, die uns bei dem so plötzlichen Verlust unseres lieben Verstorbenen  
**Fritz Herrmann**  
durch Wort und Schrift und letztes Geleit zu trösten versuchten. Es ist uns nicht möglich, allen unsern Dank persönlich auszusprechen. Besonders Dank Herrn Theo Mayer sowie dem Gau-führer Kamerad Pflugk, dem Kameraden Lautenbach, der V. Abteilung des Reichsbanners sowie allen Reichsbannerkameraden, dem Verband der Nahrungs- und Getränkearbeiter und den Hausbewohnern.  
Leipzig C 1, Dresdner Straße 68.  
Frau Margarete Herrmann nebst Kindern Die Eltern und Geschwister





Die rauhe Wirklichkeit

Zwischen Sommer und Sonne - Vor dem Arbeitsamt - Raubbau an der Arbeitskraft - Grausame Ironie

Immer überkommt uns in den Tagen eines reisenden Sommers, wenn Glanz über den Fluren liegt, warme Lüfte uns umfächeln, die Flüsse und Seen zu erfrischendem Bade einladen...

Die Wirklichkeit ist anders. Mitten in das Bild der Arbeit und Geschäftigkeit der Stadt erlebt man das!

Pflichtig steht man vor dem Arbeitsamt, steht vor einer großen, harrenden Menschenmenge, steht man eine große Anzahl von Fahrzählern - und plötzlich erscheint die sommerlich lebendige Stadt...

Es ist Sommer ringsum. Aber während die geringste Pflanze, das unheimbarste Unkraut in diesen Tagen blüht, Samen und Frucht trägt - steht der Mensch nutzlos da, ohne Zweck, ohne Arbeit.

In die hohen Fenster einer Fabrik strömt Licht und Sonnenwärme. Die Schöte qualmen und wehen wie Fahnen der Arbeit weit über das Land.

In den Fabriken aber vermag der einzelne Arbeiter kaum einen Blick durch die hohen Fenster zu werfen, nur selten kann er sich ein wenig verschauen. Dafür kommt so mancher Fluch ob des verbrecherischen Antreibensystems über die Lippen, wird ergrimmt gescholten über das Arbeiten nach der Stoppuhr, über die moderne Rationalisierung, über den Raubbau an der Arbeitskraft.

Täglich kann man auch die 3 Bild sehen: Straßenarbeiten. Es sind gewöhnlich keine großen Erneuerungen, die man vornimmt; die Ausgaben im Haushaltsplan der Kommunen für Straßenbau sind beschränkt.

Aber hier wird die Straße aufgeteilt, mit der Mädelhader wird von dem alten holprigen Kopfstein auf Stein auf Stein gelöst. Die Arbeit dieser Männer ist schwer. Die Gestalten sind lornenverbrannt, der Schweiß rinnt über die bestaubte Haut.

Diese Arbeitstafel aber hat Zuschauer. Es sind Arbeiter, die auch gewöhnt sind, sonst als Tiefbauarbeiter die Hade zu schwingen, die Schaufel in die Hand zu nehmen, die Steine zu rammen. Sie stehen jetzt da, sehen ihren Arbeitskollegen zu in der Hoffnung, sich selbst heute oder morgen wieder hinstellen zu können, um zu schuften.

Kriegsspiel politischer Dummköpfe

Kriegsspiel und blutige Schlägereien gehören jetzt zum täglichen Brot der Nazis sowohl wie der Kommunisten. Vorkommnisse, wie das nachfolgend erzählte, ereignen sich alle Tage.

Diese Art Kriegsspieler, wie sie vorliegend skizziert ist, hat die letzten Tage die Polizei in hohem Grade in Anspruch genommen. Mehrere Vorfälle haben sich in diesen Stadtteilen ereignet.

Söblicher Verkehrsunfall

Am Montagmorgen wurde beim Ueberfahren der Fahrbahn an der Ecke der Süd- und der Eichendorffstraße eine Studentin von einem Straßenbahnzug erfasst und zur Seite geschleudert.

Temperatur in den Städtischen Bädern: Heute früh 7 Uhr 23 C.

Der Schuss in der Brüderstraße

Ein Student schwerverletzt aufgefunden - Im Krankenhaus verstorben

In der Nacht vom Sonntag zum Montag fanden Passanten der Brüderstraße morgens gegen 3 Uhr an der Ecke der Stephanstraße den 23 Jahre alten Studenten Siegfried Mai bewußtlos am Boden liegen.

Ueber den Vorfall herrscht noch vollständiges Dunkel. Ein Bewohner der der Fundstelle benachbarten Häuser hat einen Schuß gehört. Als er daraufhin an das Fenster trat, sah er den Schwerverletzten auf der Straße liegen.

Mitteilungen der Kriminalpolizei

Das Dunkel über dem geheimnisvollen nächtlichen Vorfall der dem 23jährigen Studenten Siegfried Mai das Leben kostete, ist noch nicht gelichtet. Wie die kriminalpolizeilichen Ermittlungen ergeben haben, hat sich Mai am Sonntag bis gegen 22 Uhr im Hause seiner Verbindung in der Rainzer Straße aufgehalten.

Politische Ueberfälle

Vom Polizeipräsidenten wird der Presse mitgeteilt: Am 6. Juli, gegen 19 Uhr, wurde auf dem Königplatz ein 24 Jahre alter Kommunist von einem etwa 30 Mann starken Trupp Nationalsozialisten - geschlagen.

Mittwoch großes Kinderfest im Zoo

Im Zoologischen Garten wird soeben auf neuverordnetem Gelände ein schöner Kinderspielplatz angelegt. Am Mittwoch, dem 8. Juli, soll er das erste Mal ausprobiert werden.

Für Religionsunterricht ist alles da

Der Rat der Stadt, der den Leipziger Volksschulrat ebenso kühn wie verständnislos kürzte, hat sich scheinbar keine Gedanken darüber gemacht, was er damit in dieser Notzeit anrichtet.

Die großen Ferien stehen nunmehr vor der Tür. Die Volksschule - das können wir nach ehrlichen Berichten von Elternräten und Lehrern feststellen - ist noch nicht zur Ruhe gekommen. Bei diesen Kindern, die nach den Richtlinien des Schulamtes keine Lernmittel mehr erhalten, fehlen die nötigen Schulunterlagen.

wegen heftiger Leibschmerzen. Es kann daraus geschlossen werden, daß Mai in eine Schlägerei verwickelt wurde, bei der er Schläge gegen den Leib erhalten hat.

Nach Ansicht eines Zeugen ist der Schuß im Johannistal abgegeben worden. Danach wäre nicht ausgeschlossen, daß im Johannistal zwischen Unbekannten ein Streit entstanden war und daß dabei ein Schuß fiel, der den unbeteiligten Mai traf.

Durch eine weitere Feststellung wird der Fall noch geheimnisvoller. Gegen 17 Uhr wurde Mai im Verbindungshaus von einer Dame angerufen. Bei dem Gespräch handelte es sich um die Beschaffung von 200 Mark.

Die LNN konstruieren einen politischen Mord

Die guten Verbindungen, die die LNN mit den Nationalsozialisten pflegen, haben sie in den Stand gesetzt, zu erklären, daß es sich um einen politischen Mord handelt. Die LNN „vermuteten“ so etwas logisch.

„Der Student Mai trug stets das Abzeichen der NSDAP, ohne aber eingeschriebenes Mitglied der Partei zu sein. Er bewohnte ein Zimmer, das vor ihm ein ihm befreundeter Student innehatte, der selbst aktiv für die NSDAP tätig war und auch schon einmal an der fraglichen Ecke überfallen worden ist.“

Und bereitwillig folgern die LNN aus dieser Mitteilung: Es liegt daher die Vermutung nahe, daß der tödliche Schuß diesem Studenten gegolten hat und nicht dem Mai. Und aus dieser „naheliegenden Vermutung“ folgern die LNN im gleichen Atemzuge die Zweifelsfreiheit hinsichtlich des „politischen Charakters“ der Mordtat.

nach kommen eine Stunde lang Schwimmspiele auf dem neuen Spielplatz: Bogelschießen, Topf schlagen, Ballwerfen usw. Hauptvergnügen wird es an einer neu aufgestellten Rutschbahn geben.

Erlaß von Aufwertungssteuer bei Teilungen von Wohnungen

Vom Rat wird mitgeteilt: Ist eine Wohnung nach dem 31. März 1931 in mehrere selbständige Wohnungen geteilt worden, so ist dem Grundstückeigentümer mit Rücksicht auf die durch die Teilung der Wohnung entstehenden Kosten von der nach dem Nutzungswert der ursprünglichen Wohnung berechneten Aufwertungssteuer auf Antrag ein Betrag zu erlassen, der 20 v. H. der vom Eigentümer nachgewiesenen Umbaukosten gleichkommt.

Fleischverkauf an den Freibänken. Morgen Mittwoch, den 8. Juli, an Freibank I und II für sämtliche Nummern. Von 10.30 Uhr an freier Verkauf.

hat für seine kleinen Schäfchen gesorgt. Gleichzeitig wollen wir erwähnen, daß für den Religionsunterricht zur Zeit sechs Schulbücher eingeführt sind: das Gesangbuch, der Katechismus, zwei biblische Geschichtsbücher, „Auf heiligen Pfaden“, „Von Golgatha bis Nazareth“, Das Neue Testament und ein biblisches Lesebuch.

Das Wort Kulturvolksbewusstsein wäre sicher bei der Hand, und von einer Verschwendung öffentlicher Gelder würde man obendrein reden. Die gesonderte Behandlung des Religionsunterrichtes findet man aber in Ordnung. Jeder Einsichtige kann feststellen, daß hier der sonst so schwerfällige Apparat geradezu glänzend funktioniert hat.



Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre. Großdeuben. Mittwoch, 8. Juli, 20 Uhr, in der Guten Quelle wichtige Sitzung. Frauen. Modern. Mittwoch, 8. Juli, 20 Uhr, im Arbeiterheim gefestigt...

Aus der Umgebung

Lüßchena unter Naziterror

Am 4. Juli spielte sich in Lüßchena ein Vorgang ab, der wieder einmal bewies, daß sich die Nazis nur dann als starke Männer fühlen, wenn sie in der Uebermacht sind...

Das diesjährige Gewerkschafts- und Kinderfest findet Sonntag, den 16. August, im Sportpark Großdorf unter der Mitwirkung des Männer- und Gemischten Chors...

Aus der Geschäftswelt

Stehen Sie morgen zehn Minuten früher auf! Waschen Sie oder lassen Sie Ihren Körper mit kaltem Wasser ab und trocknen Sie ihn danach gut...

Volkshaus Leipzig

Spezialgericht Heute: Ungarischer Rindergulasch mit Butterudeln 1.10 Pökelfleisch mit Sauerkraut 1.20 Kalbsleber mit Speck und Zwiebeln 1.50 Schweinsniere, pikant geschmort 1.10 Hausgericht: Tagessuppe und Klößchen mit Wirsingkohl 90 - Morgen: Kalbsgulasch mit Makkaroni 1.20 Rindfleisch in Madeira mit Kopfsalat 1.30 Schlachtfest Hausgericht: Tagessuppe und Rindfleisch mit Soßsauce und Kohlrabi 90

SACHSEN

Große Ueberschwemmungen

Der Eisenbahnverkehr lahmgelegt

III. Johannegeorgensstadt, 7. Juli. Am Montagmorgen entlud sich über unserer Gegend ein außerordentlich schweres Gewitter, das von einem wolkenbruchartigen Regen begleitet wurde...

Gewitterschäden

Am Sonntagmorgen schlug in Halberndorf bei Bauhen der Blitz in die Scheune des Landwirts Mieth und zündete. Die Scheune brannte vollkommen nieder...

Die Tätigkeit der Friedensrichter im Jahre 1930

Aus einer Uebersicht über die Tätigkeit der Friedensrichter im Jahre 1930, die das Justizministerium für den Freistaat Sachsen Nr. 9, 1931 veröffentlicht, geht hervor, daß die Zahl der Strafsachen, die 1930 in Sachsen vor dem Friedensrichter behandelt wurden, 30 146 ausmachten...

Spiel, Sport, Körperpflege

Kommende Sportereignisse

Die Arbeiterportler haben am Wochenende wieder einige Veranstaltungen aufgezogen, die sich im Kranz der geplanten Großveranstaltungen des Jahres sehen lassen können...

Die Athleten in Paunsdorf. Gemeinsam haben die Vereine Eigenkranz und Paunsdorf eine Freiluftveranstaltung arrangiert, die wohl einzig dasteht und ein reichhaltiges Programm bietet...

Erstmals werden auch die Bezirksmeisterchaften im Geräteturnen des Leipziger Bezirks durchgeführt. Die Endkämpfe finden am Sonnabend, dem 11. Juli, in der Turnhalle der Freien Turnerschaft Markranstädt statt...

Die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung hat mit der Errichtung einer Turn- und Sporthalle nebst Nebenräumen in Gaußsch eine dringliche Aufgabe erfüllt, die man noch vor Jahren für unmöglich gehalten hätte...

Die Sächsischen Spielvereinigungen führt einen Werbepieltag durch, der in seiner Programmgestaltung einzigartig ist und dem vorjährigen Bezirksfest nichts nachsteht...

Münchmoherei in Neßschau

Nazi-Stadtverordneter Fickert als Kletteraffe

Die wohlwollende Stadtverwaltung zu Neßschau im Vogtlande hatte, um den bekannten Mischgütern keine Gelegenheit zur Ausübung ihres Berufs zu geben, die einzelnen Badegäste durch starke, mit Kacheln belegte Wände trennen lassen...

Wiedereinführung der Uebergangsabgabe auf Fleisch

Nachdem von verschiedenen Interessentengruppen eine Wiederherstellung der bekanntlich vor einigen Jahren abgeschafften Uebergangsabgabe auf Fleisch an der Grenze gefordert worden war, hat das Finanzministerium jetzt einen Gesetzentwurf ausgearbeitet...

Kathen. Abgestürzt. Beim Klettern an der Felswand in der Sächsischen Schweiz ist am Sonntag ein Dresdner Lehrer namens Richter aus beträchtlicher Höhe abgestürzt...

Chemnitz. Schwierige Verhaftung. Durch Kriminalbeamte sollte ein Mann in seiner Wohnung festgenommen werden. Beim Erscheinen der Kriminalbeamten ging der Mann sofort gewalttätig gegen sie vor...

Zwickau. Der Tod im Schacht. Im Tiefbauschacht des Erzgebirgischen Steinkohlenwerks verstarb der 54 Jahre alte Zimmermann Prell aus Zwickau...

Bad Schandau. Ein Kletterer abgestürzt. Beim Klettern an der Falkensteinwand stürzte ein 23 Jahre alter Bergsteiger namens Scholz aus Dresden aus beträchtlicher Höhe ab...

die Entscheidung der 10 x 100-Meter-Staffette von 5 Mannschaften gelaufen und darauf kommt der Höhepunkt: Leipzig-Rürnberg. Im vergangenen Jahr verloren die als stärkste Stadtmannschaft bekannten Nürnberger überraschend glatt nach hartem Kampf 2:5...

Schach-Problem-Turnier in Sicht

Unter dem 14. Juli 1931 schreibt die „Leipziger Volkszeitung“ ein Internationales Schachproblemturnier aus. Die Anregung dazu kam von Leipziger Mitgliedern des Deutschen Arbeiter-Schachbundes...

Es sind unblutige, aber das Gehirn anspannende Kämpfe, die auf dem Schachbrett ausgetragen werden. Schach ist ein Prüfling der Intelligenz des Spielenden! Im Deutschen Arbeiter-Schach-Bund ist jedem Gelegenheit geboten, das Schachspiel nicht nur zu erlernen...

Leipzig gewinnt knapp gegen Chemnitz mit 5 1/2 - 4 1/2. Die erste Runde um die Kreismeisterchaft zwischen dem 1. und 3. Bezirk wurde in Waldheim ausgetragen. Leipzig gewann nach sehr schwerem Kampfe mit 5 1/2 - 4 1/2...

Deutscher Arbeiter-Regler-Bund e. B.

Table with 4 columns: Name, Spiele gew., verl., Punkte. Lists results for various chess players and teams.